

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Ersteht mit Ausnahme
des Montag täglich (192)

Italienischer Imperialismus.

Von unserem römischen Korrespondenten.)

Das faschistische Italien erfüllt die Welt mit dem blechernem Spektakel seines Kriegsgeschicks. Das In- und Ausland soll glauben, daß mit einem Schlage die demographische PreSSION in Italien den Kessel zum Plagen bringt, daß es für Italien Lebensbedingung sei, neue Kolonien zu haben, neue Einflußsphären, neue Märkte. Man gebärdet sich, als dürfe nicht einen Tag länger gewartet werden, wenn man nicht den Anschluß an die Weltgeschichte verfehlen will.

Es ist gut, wenn man im Ausland die italienische Lage mit nüchternen Augen betrachtet und objektive Tatsachen von Parteispekulation trennt. Italien ist tatsächlich sehr dicht bevölkert, nahezu 130 Einwohner auf den Quadratkilometer, etwa so dicht, wie das Deutsche Reich, nimmt um 400.000 Einwohner im Jahre zu, und hat — im Gegensatz zu den andern dichtbevölkerten Staaten — eine zu zwei Drittel von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung. Seinem Drang nach Auswanderung ziehen die Einwanderungsstaaten einen Niegel vor, eigentliche Siedlungskolonien besitzt es nicht, eine intensive Industrialisierung wird durch den Mangel an Rohmaterial auf der einen, durch das Fehlen von Absatzmärkten auf der andern Seite gehemmt. Es handelt sich also tatsächlich um wichtige Probleme, die nach dem Kriege an Schärfe gewonnen haben. Ein Weg der Lösung liegt in dem Ausbau der öffentlichen Arbeiten, namentlich der Urbanisierungsarbeiten in Südtalilien und in den Inseln, dann in Verbesserung der Straßen, der Hebung der Schiffahrt usw. Diesen Weg geht die faschistische Regierung, vielleicht sogar mit mehr Energie als ihre Vorgänger, ob mit einem Resultat, das im Verhältnis zu den Ausgaben steht, läßt sich freilich vor der Hand noch nicht entscheiden. Die andern Wege sind die der Besiedelung der italienischen Kolonien und eine Politik, die der italienischen Auswanderung die Türen öffnet. Bei der feierlichen Löhnenfahrt — die übrigens 80 Millionen Lire gekostet haben soll — hat sich Löhnen als ein trefflicher Siedlungsboden entpuppt, was Poincare gleich benutzt hat, um Italien aufzufordern, an die Hebung dieser Schätze zu gehen, anstatt die Augen auf die französischen Kolonien in Afrika zu werfen.

Was aber die Politik betrifft, die den Italienern die Pforten der Einwanderungsländer öffnen sollte, so erfährt sie von der faschistischen Regierung eine systematische Sabotierung. Sogar Frankreich, das in den letzten Jahren 400.000 Opfer der faschistischen Verfolgungen gastfrei aufgenommen hat, wird bedenklich gegenüber der behändigen Drohung, den italienischen Parteizwist auf französischen Boden überpflanzen zu sehen. Mitte April ist es bei Gelegenheit eines Sportfestes in Nizza zu einer Schießerei zwischen italienischen Antifaschisten und Faschisten gekommen, bei der die französische Polizei sehr energisch eingreifen mußte. Die Aussicht, sich die Schwarzheidenheide ins Land zu schleppen, ermutigt die Einwanderungsländer nicht zur Gastfreierheit.

Dies der objektive Tatbestand. Das, was heute Italien mit seinem imperialistischen Nummel daraus macht, dient aber nicht dem Zweck, einer demographischen PreSSION Ventile zu öffnen; man will vielmehr eine politische Spannung vermindern, die dem Regime gefährlich werden kann. Es ist bis zum Ueberdruß hervorgehoben worden, daß die Elemente, deren sich die Regierung für ihre illegalen Zwecke bedient hat, heute nicht abrüsten und jede Gelegenheit zu neuer Gewalttat benutzen. Wir sind tatsächlich so weit, daß ein Attentatsgerücht genügt, um in allen größeren Städten jede Form der Gewalttat, Körperverletzung, Brand und Blinderung, zu entfesseln. Der Sachschaden vom 7. April soll in ganz Italien eine Million Lire übersteigen. Dazu kommt eine immer weiter um sich fressende Korruption. So ist das Geld

An die proletarische Mutter!

Zum heutigen völkisch-agrarisch-meritalen „Muttertag“.

Heute ist „Muttertag“. Der Bund der Deutschen propagiert in einer Broschüre, die wir bereits ausführlich würdigten, für den heutigen Sonntag eine — natürlich ganz „unparteiliche“ — Feier, in welcher der kindlichen Dankbarkeit der Mutter gegenüber, der fürsorglichen und nimmer rastenden Erzieherin, Beraterin und selbstlosen Freundin ihrer Kinder, Ausdruck gegeben werden soll. Die bürgerliche Presse besorge die entsprechende Propaganda, ein großer Teil der Lehrerschaft paukte schon wochenlang zuvor den Kindern in der Schule ein entsprechendes Festgedicht ein, das heute früh der Mutter „aufgesagt“ wird, und selbst von den Kanzeln herunter soll nach dem Willen der Veranstalter das Lob der Mutter in salbungsvollen Worten erklingen.

Alle bürgerlichen Parteien beteiligen sich an diesem Fest, nur die böse Sozialdemokratie steht abseits und tut nichts zur Verherrlichung all der herrlichen Phrasen von Dankbarkeit und Kindesliebe, all der überschwenglichen Sentimentalitäten, die heute von allen Seiten auf die beglückten Mütter losgelassen werden sollen. Wie ist dies möglich? Sollte denn wirklich die Partei des schaffenden Volkes seine Achtung, seine Ehrfurcht vor der Mutter, die gerade in diesen Schichten Uebermenschliches für ihre Kinder tut? Soll die Arbeiterfrau, die sich jahraus jahrein plagt und abradert und sich den letzten Bissen Brot vom Munde für ihre Kinder abspart, ausgeschlossen sein von dem allgemeinen Festestrußel? Wird sich nicht das Gefühl einer erlittenen, unerbittlichen Kränkung ihrer bemächtigen?

Und doch soll und darf es heute nicht eine proletarische Mutter geben, welche es bedauert, von diesem „Fest“ ausgeschlossen zu sein, abseits stehen zu müssen. Sie braucht sich ja nur anzusehen, wer eigentlich die Leute sind, die sie heute mit gleichnerischen Worten feiern wollen, und daran zu denken, wie ebendieselben Leute sonst, am nüchternen Alltag, der proletarischen Frau und Mutter gegenüberstehen, dann wird ein Gefühl des Ekels und des Zornes in ihr erwachen ob dieser Denkelei.

Es sind die Ausbeuter der Arbeitskraft ihres Mannes, ihrer Kinder und vielleicht der Arbeiterfrau selbst, die um färglichen Verdienst in den Fabriken und auf den Feldern der Bauern schwer arbeiten muß. Es sind dieselben Leute, die sie während des Krieges von der Tür weisen, wenn sie gegen ihr letztes Geld um Brot für ihre Kinder bat, und die sie verächtlich als „Unterstützungswiber“ hinstellten, wenn sie die paar Groschen des staatlichen Unterhaltsbeitrages abholten. Es sind dieselben, welche vom gerechten Kampf für Gott, Kaiser und Vaterland sprachen und dabei die Waffen segneten, mit denen Millionen Proletarier hüben und drüben gemordet wurden. Es sind dieselben, welche vom Stahlbad des Krieges sprachen, in dem das deutsche Volk gesunden müsse. Die Leute sind dieselben geblieben, nur ihr Phrasenvortat wurde zeitgemäß erneuert, und so wird eben heute die Walze von der Feier des Muttertages eingelegt.

Zeit die Frau dank den Errungenschaften der Revolution die starke Waffe des Stimmzettels in der Hand hat, seitdem machen sich die bürgerlichen Parteien an sie heran und suchen sie für sich zu fördern. Um der Frauenstimmen willen lohnt es sich schon, einmal im Jahr ein Gedicht oder einen Festartikel zum Preise der Mutter loszulassen, wie es heute die bürgerlichen Blätter

für den Anlauf des „Giornale d'Italia“ der faschistischen Partei von jenem Senator Fogliani gegeben worden, der eben von dem Senat, als Obersten Gerichtshof, wegen des Strafs der „Banka di Sconto“ freigesprochen wurde. Die Regierung kann weder der Gewalttat noch dem freis wachsenden Geldbedürfnis der Ihren Einhalt tun, und kann auch, trotz aller Knebelung der Presse, es nicht verhindern, daß die Unzufriedenheit im Lande wächst. Die Vorboten der industriellen Krise, der auch die Entwertung des französischen und belgischen Franken Vorjährl leistet, machen die innere Lage noch gespannter. Was Wunder, wenn daher Leute mit so geringem Verantwortungsgesühl und einem so krankhaften Bedürfnis nach starken Sensationen, wie Mussolini, auf den Ausweg des Krieges verfallen, der alle-

zeit die „ultima ratio“ der Diktatur darstellt hat? Man höre, wie sich dieser Anflammerungsversuch Mussolinis an die Macht in dem Organ des Ministerpräsidenten darstellt. Das Blatt schreibt am 21. April: „Die Geschichte lehrt, daß allezeit der Anfang des weltbeherrschenden Elends jedes großen Volkes der Bürgerkrieg war. Der Bürgerkrieg der zwei letzten Jahrhunderte der Republik hat die Geburt der imperialen Macht Roms begleitet und gefördert; der Bürgerkrieg hat zweimal, im 16. und am Ende des 18. Jahrhunderts die monarchische Größe Frankreichs unter Ludwig XIV. und die imperiale Größe Napoleons erzeugt. Aus dem Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts erstand die neue Kraft Englands unter Cromwell und den Dranieren und wurde das größte moderne Weltreich geschaffen, das britische. Jetzt ist es klar,

und so erlebt man das merkwürdige Schauspiel, daß die Tendenzen dieses „überparteilichen“ Festtages von den einzelnen Blättern je nach ihrer Parteirichtung ganz verschieden ausgelegt werden. Den Vogel schießt hierbei wohl die christlichsoziale „Deutsche Presse“ ab, in der ein Herr Reichsberger als Parole für den Muttertag den Kampf gegen die — Fruchtstreibung aufstellt. Die wirtschaftliche Not, die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse in Proletariatskreisen gilt nichts: die Proletarierfrau muß einfach wie eine Maschine Kinder in die Welt setzen, wenn sie auch weiß, daß sie sie nicht mehr ernähren und bekleiden kann, daß diese Kinder das Elend und die Not, unter denen schon ihre Geschwister aufwachsen, nur noch vermehren und steigern müssen. Es ist einmal so Gottes Ratschluß und außerdem braucht der Kapitalismus eine entsprechend große Reservearmee von Hungernden und Darbenden, damit es ihm wohlgehe. Zu den sozialen Voraussetzungen der Mutterschaft, die man nach der „Deutschen Presse“ schaffen müßte, zählt sie auch die „Eindämmung der außerhäuslichen Arbeit“; es sollen also wohl alle berufstätigen Frauen aus ihren Stellungen herausgeworfen und zum Großteil auf die Straße getrieben werden? Daß die Meritalen gerade jetzt eifrig am Werk sind, um diese „sozialen Voraussetzungen“ auch durch ihr Eintreten für die Fülle zu schaffen, wodurch sie eine neue Teuerungswelle hervorrufen und das Elend in den Arbeiterkreisen noch weiter vergrößern wollen, erwähnt der Kritikerschreiber wohlweislich denn doch nicht.

Unsere Partei, die heute bei dieser Feier abseits steht, kann mit Stolz darauf verweisen, daß sie sich seit dem Bestande einer Arbeiterbewegung überhaupt immer für die Rechte der Frau und der proletarischen Mutter eingesetzt hat. Wir haben die Frau stets als gleichberechtigt anerkannt, als die Bürgerlichen noch nicht im Traum daran dachten, wir haben ihr die politische Gleichberechtigung verschafft, die ihr heute dieselben Bürgerlichen unter allerhand Vorwänden wieder nehmen möchten. Wir werden weiter mit aller Kraft für die arbeitende Frau und Mutter kämpfen, doch muß uns dabei die proletarische Frau selbst unterstützen. Sie gehört hinein in unsere Frauenorganisationen, sie muß dort unermüßlich tätig sein und zur Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt bei ihren Geschlechtsgenossinnen beitragen. Wenn die Frau diese Aufgabe richtig ergreift und die Idee des Sozialismus auch in die Herzen der heranwachsenden Generation unauslöschlich einpflanzt, dann kann der Tag des Sieges nicht fern sein.

Am heutigen Tage aber braucht die proletarische Mutter keine Phrasen und keine eingelehrten Versicherungen des Dankes seitens ihrer Kinder. Sie weiß es jederzeit, daß ihre Kinder sie lieb haben und an ihr hängen, und verzichtet gern auf die nichtsagenden Neujährlichkeiten, die heute in bürgerlichen Kreisen sich vielfach abspielen mögen.

Man höre, wie sich dieser Anflammerungsversuch Mussolinis an die Macht in dem Organ des Ministerpräsidenten darstellt. Das Blatt schreibt am 21. April:

„Die Geschichte lehrt, daß allezeit der Anfang des weltbeherrschenden Elends jedes großen Volkes der Bürgerkrieg war. Der Bürgerkrieg der zwei letzten Jahrhunderte der Republik hat die Geburt der imperialen Macht Roms begleitet und gefördert; der Bürgerkrieg hat zweimal, im 16. und am Ende des 18. Jahrhunderts die monarchische Größe Frankreichs unter Ludwig XIV. und die imperiale Größe Napoleons erzeugt. Aus dem Bürgerkrieg des 17. Jahrhunderts erstand die neue Kraft Englands unter Cromwell und den Dranieren und wurde das größte moderne Weltreich geschaffen, das britische. Jetzt ist es klar,

daß in dem „Bürgerkrieg“ des italienischen Faschismus eine furchterregende Expansionskraft sich angehäuft, gestählt und Bewußtsein gewonnen hat. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß aus dem von der liberalen Orthodoxie so bewinselten Bürgerkrieg schicksalsmäßig das neue imperiale Italien erstehen wird.“

Von den geschichtlichen Irrtümern und Verdrehungen wollen wir absehen. Wichtig ist, daß die Regierung die Sache so darstellt, als dränge der Bürgerkrieg zum Eroberungskriege, während man es in Wirklichkeit mit dem Eroberungskriege versuchen will, um dem Bürgerkrieg zu entgehen.

Nun gehören bekanntlich zum Kriege mindestens zwei. Man kann ein Land in periodischen Kriegsrausch versetzen, ohne einen zweiten zu bemühen. So hat man den Schwarzheiden Rendezvous in Paris geben, dann die Verschiebung der Brennergrenze nach Norden versprochen, jetzt auch wegen des verbrannten Mussolinibildes mit einem Kriege mit Belgien winken können — dabei bleiben die Bedrohungen unbereitigt. Der wirkliche Krieg setzt aber einen wirklichen Gegner voraus. Und als solchen nennt man in Finanzkreisen die Türkei.

Die Türkei ist aber im Völkerbund. Und außerdem gehört zum Kriegführen Geld. Es gibt Leute, die dieses Geld von der nordamerikanischen Hochfinanz erwarten, aber es steht sehr dahin, ob diese gerade den italienischen Imperialismus für eine sichere Geldanlage hält. England hat seine ganze Mittelmeerflotte in Malta zusammengezogen, um den Besuch einer kleinen italienischen Flottenabteilung zu empfangen. Seine Absicht war sicher, den Größenwahn des neuen Mittelmeerherrschers etwas abzuhäufeln, indem es die großbritannischen Machtmittel zur Schau stellte. Beachtenswert ist, daß ein römisches Faschistenblatt, das von der Schwerindustrie ausgehalten wird, als Kommentar zum Votum des nordamerikanischen Senats in der Settlementsfrage ein Bündnis zwischen nordamerikanischem Kapital und italienischer Arbeit zur industriellen und kommerziellen Inwertsetzung — friedlichen Inwertsetzung — im Balkan, in Südrußland, im Bereich des Schwarzen Meeres in Aussicht stellt, mit nachfolgender Penetration des italienisch-amerikanischen Handels im nahen Osten, in West-Afrika, in Arabien und Indien. Hier haben wir ein „Kriegsurrogat“ vor uns, aber es macht stutzig, daß es die Schwerindustrie lanciert.

Das Ausland hat sich um die innere Politik eines Landes nicht zu kümmern — so gebietet heute der gute Ton der auswärtigen Politik. Man halte aber vor Augen, daß das große Wohlwollen, das die Hochfinanz mancher Länder für Italien an den Tag legt, keineswegs von der innern Politik des Faschismus abstrahiert. Die Kapitalistenkreise aller Länder haben Sympathie für den Faschismus, und es liegt in ihrem Interesse, ihn zu fördern, auf Kosten des italienischen Volkes, in Erwartung des Tages, wo sie ihn auf Kosten des eigenen Volkes importieren können. Der Faschismus ist heute die Reserve, das politische Arsenal der Reaktion. In Frankreich unterstützt seine Truhstellung die Forderung neuer Marinokredite. Sein Gehaben ist all denen willkommen, die Gründe gegen die Abrüstung brauchen. Man nimmt im Ausland sein Gebahren nicht ernst, nützt es aber für die Zwecke der Reaktion aus. Es kann jedoch auch ein Hanswurst ernstes Unheil anrichten, und in internationalen Dingen kann man den Bluff so weit treiben, daß es kein Zurück mehr gibt. Man vergesse nicht: Italien hat Interesse an der Erhaltung des Friedens, wie jedes Land, aber die regierende Clique hat, wenn sich die innere Lage weiter zuspitzt, Interesse daran, eine kriegerische Ablenkung nach außen zu suchen. Hier liegt der Zusammenhang zwischen der inneren Politik Italiens und den Interessen des Weltfriedens.

Zur agrarischen Zollpolitik.

Öffentliche Demagogie. — Schädigung der Kleinlandwirte.

Wenn der landbändlerische Senator Luffsch in der Debatte über die Agrarzölle den grundlegenden Unterschied zwischen den Interessen der Großbauern und Häusler nicht zugeben wollte, so befand er sich dabei im offenen Widerspruch mit den Tatsachen.

Auf jeden Fall befinden sich die Herren Agrarier in einer recht unangenehmen Lage, wenn ihnen dargelegt wird, daß ihre Zollpolitik höchst zwiespältiger Natur ist, nur einer kleinen Gruppe von Großproduzenten wirklich nützt, der erdrückenden Mehrzahl der Landwirte jedoch schwer schädigt. Daß die Kleinlandwirte tatsächlich von Agrarzöllen absolut keinen Vorteil haben, müssen selbst bekannte agrarische Wortführer mehr oder weniger offen zugeben. Es sei in dieser Beziehung hingewiesen auf die vom Oberstaatsanwalt Meisner der deutschen Sektion des Landwirtschaftsverbandes in Prag im Jahre 1921 herausgegebenen Schrift: „Agrarische Zollpolitik“. In diesem Meisnerschen Werke über die „Agrarische Zollpolitik“ wird übrigens die Doppelwirkung der Agrarzölle auf die einzelnen Gruppen der Landwirtschaft zugegeben. Auf Seite 85 schreibt Genannter: „Der Umstand, daß die Getreidezölle eine gewisse (keineswegs der Zölle Höhe gleichkommende) Verteuerung des Getreides und der daraus gewonnenen Erzeugnisse (Wehl, Schrot, Kleie und dergl.) im Inland zur Folge haben und daß dabei auch die inländische Viehzüchter die von ihnen durch Kauf zu beschaffenden Mengen an Getreide, Mehl, Schrot, Kleie usw. teurer bezahlen müssen, als ohne Bestand von Getreidezöllen, kann und soll nicht in Abrede gestellt werden. Ebenso ist es richtig, daß die Viehzölle für jene inländischen Landwirte, welche Vieh oder Viehprodukte (Fleisch, Butter u. dgl.) für Haus und Hof kaufen müssen, eine gewisse Verteuerung dieser Bedarfsartikel zur Folge haben.“ Und Rat Meisner schreibt weiter: „Die landwirtschaftlichen Interessengruppen befinden sich bezüglich aller Agrarzölle in der schwierigsten Lage, daß sie bei ihren gegenständlichen Gutachten nicht allein die Interessen jener Landwirte, welche das betreffende Erzeugnis herstellen und hierfür einen Schutz zoll benötigen, sondern auch die Interessen jener Landwirte, welche das Erzeugnis kaufen müssen und daher durch den Schutz zoll belastet werden, zu berücksichtigen haben.“ Herr Meisner unterläßt es aber wohlweislich, zu untersuchen, wie groß die Zahl jener Landwirte ist, welche durch Schutz zölle gewinnen, resp. verlieren. Es wäre eben nicht zum Vorteil der Großagrarier, so wie wir Sozialdemokraten es tun, die zahlenmäßige Stärke der beiderseitigen Interessengruppen (mindestens 80% Landwirte, welche verlieren, gegen höchstens 20% welche gewinnen) aufzuzeigen. Dafür spricht Herr Meisner von der „Interessensolidarität“ aller Landwirte so ähnlich wie Herr Luffsch und sucht damit die schroffen Widersprüche der agrarischen Zollpolitik zu vertuschen. Herr Meisner sucht durch allerhand mehr oder weniger geistreiche Behauptungen die Landwirte vor den „schrecklichen“ Folgen des Fehlens eines Zolles auf Vieh und Getreide gruseln zu machen. Im 22. Abschnitt seines Buches wendet er sich direkt an die Adresse „jener politischen Führer der Kleinbauern“, also an uns Sozialdemokraten. Er sagt wörtlich, es sei unbestreitbar richtig, was diese „politischen Führer“ bezüglich der wirtschaftlichen Lage

der Kleinbauern behaupten: Für diese sei es gar kein Vorteil, wenn die Kuh, die er im Stalle hat, einen hohen Geldwert repräsentiert; der höhere Wert könne von ihm doch nicht realisiert werden; wohl aber steigere er die Größe des Verlustes im Falle der Rosschlagung oder des Umstehens der Kuh; für den Kleinbauern sei die Hauptsache, daß die Kuh viel Milch gibt, an einem hohen Milchpreise habe er auch kein Interesse, da er ja die in seinem Stalle gewonnene Milch für den eigenen Hausbedarf benötigt und eventuell für eine vielköpfige Familie noch Milch dazu kaufen müsse; desgleichen sei es für den Kleinbauern nur erwünscht, daß die Getreidepreise niedrig sind, da ihm ja von seiner eigenen Getreideerzeugung nicht nur nichts für den Verkauf übrig bleibe, sondern er Futtergetreide, Kleie und Mehl auch noch Brotgetreide, bzw. Brot und Mehl kaufen müsse. Aus all diesen Gründen werde, sagt Meisner, der Schluß gezogen, daß die Kleinbauern weder an Viehzöllen noch auch an Getreidezöllen ein aktives Interesse haben, sondern derlei Zölle als für sie nachteilig ablehnen müssen. Wohlgerne! Herr Rat Meisner, der journalistisch-fachgelehrte Streiter für die Agrarzölle muß die Richtigkeit dieser Schilderung vollinhaltlich zugeben; trotzdem bemüht er sich krampfhaft, die Häusler für die großagrarische Zollpolitik einzufangen. Es ist schon mehr als naiv, diesen einzureden, der Mangel an Agrarzöllen brächte eine derartige „Verlotterung“ des Getreidebaues, daß der Häusler dann nicht einmal entsprechendes Saatgut aufstreuen könnte. Dann kommt Herr Meisner — man glaubt es kaum — wiederum mit der alten und plumpen Bogenschleiche, genannt Einschleppung von Tierseuchen aus dem Auslande. Als ob man im Inlande keine Tierseuchen hätte! Herr Rat Meisner, der die Aufgabe hat, den „Ausschuss“ der Agrarzölle für die Kleinlandwirte aufs grellste herauszutreiben, übertreibt dabei so arg, daß er zu sagen wagt, ohne diesen Zöllen wäre es nicht einmal möglich, gute Buchstiere aus dem Auslande zu beziehen! Der allgemeine Verfall des Getreidebaues und der Viehzucht wäre die unausbleibliche Folge, wenn die Großagrarier ihre Profitzölle nicht bekommen würden. Herr Rat Meisner hat noch ein zweites, speziell für die Kleinlandwirte berechnetes Büchlein (Kleinlandwirt und Großbauer) herausgegeben, worin in Form eines langen Zwiegesprächs der „gescheite“ Großbauer dem „dummen“ sozialistischen Häusler die „Notwendigkeit der Agrarzölle“ einredet. Die Geschichte wird dadurch um kein Jota besser, die „Argumente“ für den Profitzoll sind dieselben wie in der erstgenannten Broschüre.

Zunehmend endet auch dieses Kapitel der Meisnerschen, in den Agrarstreifen merkwürdigerweise sehr wenig verbreiteten, zuerst genannten Schrift mit dem Hinweis „auf die wiederholt betonte Notwendigkeit, daß bei der Festsetzung von Agrarzöllen auf die Berücksichtigung ihrer unmittelbaren Wirkung einerseits für die verkaufenden und andererseits für die kaufenden Landwirte gebührende Rücksicht genommen wird.“ Wie aber dieses (unmögliche) Kunststück vollbracht werden soll, gibt Herr Meisner leider nicht an. Er bestreitet im nachfolgenden Kapitel auch die Tatsache einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung

durch die Agrarzölle, aber ungeachtet dessen soll die erdrückende Mehrheit des gesamten Volkes den Großagrariern tributpflichtig werden. Bei keinen vielen „Wann“ und „Aber“ und oft inhaltlich-kleinlichen Scheingründen ist seine Schrift wahrlich nicht geeignet, Stimmung für die Agrarzölle in den weitesten Kreisen der Bevölkerung zu machen. Ebenso ergeht es allen anderen agrarischen Wortführern, die deshalb irreführend von der „dringenden Notwendigkeit der Agrarzölle“ für die „Landwirtschaft“ schlechtweg fabeln. Eine schlechte Sache kann eben nicht mit guten Argumenten verteidigt werden. Mit der Regie der Agrarier häbertis mehrfach. Bei der seinerzeit groß aufgemachten „Zoll- und handelspolitischen Tagung“ in Teplitz (2. Februar 1922) war der Hauptkassier des „Bundes der Landwirte“, Herr Jertz aus Kofel bei V. Leipa, so ehrlich-unvorsichtig, auszuführen: „Ich bin nur ein kleiner Landwirt und als solcher bin ich der Ansicht, daß man nicht immer nur von Einfuhr des Getreides sprechen möge. Ein großer Teil der kleinen Landwirte und der Häusler hat nur wenig Interesse an den Getreidepreisen, weil er selbst noch Getreide kaufen muß. Im Prinzip stehen wir kleinen Landwirte auf dem Standpunkte des Freihandels.“ Dieser Auffassung gab auch der Abg. Franz Heller am 17. Oktober 1922 in einem Artikel der „Deutschen Landpost“ anlässlich eines Professes des Landwirtschaftsministers Dr. Hodja Ausdruck: „Wir fordern deshalb mit Zug und Recht den Abbau der Schutz zölle für Industrieprodukte, welche bloß eine Scheinblüte der Industrie erzeugen können, ohne ihr zu einer Volkswirtschaft beibehaltenden technischen Vollkommenheit zu verhelfen. Denn Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit wird nur im Konkurrenzkampf erworben, der alles Kräfte und Schwache nicht hochkommen läßt. Wir sind bereit auf jenseitigen Schutz für landwirtschaftliche Produkte zu verzichten, wir sind bereit, den Konkurrenzkampf mit den billiger produzierenden Agrarländern aufzunehmen, wenn nach dem Grundsatz: „Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein“, auch die Zölle für Industrieartikel fallen.“

In diesem Punkte stimmen wir Sozialdemokraten mit Herrn Heller überein. Gen. Karl Kautsky schreibt in seiner bekannten Broschüre „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ Seite 70 ganz mit Recht: „Man kann in einem exportierenden Industriestaate wie Deutschland nicht die Lebensmittelszölle abschaffen und die Industriezölle, namentlich die Eisenzölle beibehalten wollen. Das erlauben nicht nur nicht die bestehenden Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Klassen, das wäre auch eine schwere Belastung der Landwirtschaft. Wenn man will, daß diese der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewachsen sei, dann muß man vor allem jenem Leiden auf Kräftigste entgegenwirken an dem sie am meisten krank, ihre hohen Produktionskosten. Wollte man sie der freien Konkurrenz aussetzen und gleichzeitig ihre Produktionskosten künstlich erhöhen durch Verteuerung der Werkzeuge und Maschinen, dann hätte sie allerdings volles Recht, über Unbill zu klagen, dann hieße das die Landwirtschaft des Auslandes auf Kosten der inländischen bevorzugen. Und das würde sich bald bitter rächen. Wer ruft: Fort mit den Getreidezöllen, darf daher nicht zurückschrecken vor dem Rufe: Fort mit den Eisenzöllen! Neue können nicht fallen ohne diese. Die Beschränkung gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer

gräbt und sieht, wie die einzelnen Teile des ganzen modernen Schutzsystems notwendig miteinander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse wie für die Entlastung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen.“

Wir Sozialdemokraten tun dies. Die Agrarier denken im Ernste gar nicht daran, als Freihändler aufzutreten, sondern sie verständigen sich lieber mit den Industriellen, um sich gegenseitig die „notwendigen“ Profitzölle zuzuschänzen, so wie es schon im alten Oesterreich der Fall war. Die Leidtragenden sind die breiten Massen des arbeitenden Volkes.

J. Sch.

Inland.

Sitzung des Außen Ausschusses des Parlaments.

Vor Beginn der Sitzung richtete Genosse Dr. Czech an den Vorsitzenden die Anfrage, ob er bereit sei, den Herrn Außenminister zu veranlassen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu erscheinen und über die wichtigsten außenpolitischen Vorgänge der letzten Zeit eine Erklärung abzugeben. Unmittelbar nach Eröffnung der Sitzung benachrichtigte der Vorsitzende Tomasek die Ausschussmitglieder von diesem Schritte des Genossen Dr. Czech und fügte hinzu daß er diesen Wunsch unverzüglich an den Außenminister weiterleiten werde.

Auf der Tagesordnung steht der Vortrag mit den Nachfolgesaaten bezüglich der Liquidierung der Postsparkassen in Wien und das Zusatzkommen hierzu, das in Rom am 23. Febr. 1923 unterzeichnet wurde. Der Berichterstatter führt aus, daß es sich hier nur um ein Durchführungsabkommen zum Friedensvertrage von St. Germaine handle, der die Liquidierung der Wiener Postsparkasse verlangte. Das diesbezügliche Uebereinkommen vom Jahre 1922 mußte infolge des Währungsfallens in Oesterreich durch den Zusatzvertrag vom Jahre 1923 ergänzt werden. Alle Forderungen werden nach dem Territorialprinzip auf die einzelnen Staaten aufgeteilt. Der Ertrag durch die Wiener Postsparkasse dürfte etwa 150 Millionen Kr. ausmachen, während sich unsere Forderungen auf 400 Millionen altösterreichische Kronen belaufen.

In einem weiteren Vertrag bezüglich der Ueberführung der Forderungen und Depots der Wiener Postsparkasse wird festgestellt, daß die Schulden der tschechischen Postverwaltung gegenüber der Wiener Postsparkasse im Verhältnis 1:1 verrechnet werden; die Forderungen der einzelnen Parteien, die unser Postsparkasse erfüllen soll, werden ungefähr im Verhältnis 156:400 vergütet werden. Die Gläubiger der Wiener Postsparkasse erhalten also etwa zwei Fünftel ihrer Forderung in Kr. Beide Verträge wurden ohne Debatte genehmigt.

Weiters behandelt der Berichterstatter Protokoll den Vertrag mit Italien über den Ausgleich der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten in altösterreichischen Kronen. Demnach werden für Schulden vor dem 3. November 1918 für jede Krone 0,568 Lire, bezw. deren Gegenwert in Kr. gezahlt. Für alle anderen Forderungen gilt der Grundsatz eine Kr. gleich einer altösterreichischen Krone. Der Vertrag gilt nicht für Versicherung. Auch diese Vorlage wurde debattellos angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Perkommen

19 Von Jiri Haukmann.

Die Rubrik „Aus dem Verichtsaal“ enthielt diesmal statt der üblichen Bericht folgende Betrachtung: „Es ist eine beklagenswerte Erscheinung, daß unsere Rubrik statt ein abschreckender Spiegel der Verbrechen der herrschenden Gesellschaftsordnung zu sein (wie ja die ursprüngliche und Hauptursache jener „Verbrechen“ genannten Krankheit ist), statt sich zu bemühen, ihre Mängel rücksichtslos aufzudecken und zu ihrer Verbesserung beizutragen, infolge einer zweifelhaften Praxis der Berichterstatter zu einer Art humoristischer Beilage ausgearbeitet ist, bestimmt, den ehrbaren Bürger zum Lachen zu reizen, der, nach einem ausgiebigen Mtt. „Ja, es duftet die Zigarre rauchend, dem Herrn dankt, „daß er nicht ist, wie jener“, von dessen Vergehen er eben gelesen hat. Aber die „wichtigen“ Schreiber verarbeiten nicht nur die schrecklichsten menschlichen Tragödien zu pikanten Anekdoten, sondern fügen noch häufig ihre eigenen, strafrechtlichen Urteile und Gutachten hinzu und empfehlen darin, ihrer eigenen engelhaften Unadeligkeit bewußt, die drakonischsten Strafen, um nur dem Gerechtigkeitssinne, d. h. den niedrigsten Maßregeln ihrer Leser zu schmeicheln. Bis zum Ueberdruß aufgedämmte Gefährlichkeiten von „fideles Gefangnis“, geistreich-schillernde Gespötte über die bedingte Beurlaubung, parafische Argumente gegen die „Humanität am unrechten Orte“ zeigen deutlich, wohin es führt, wenn man das Referat über so ernste Erscheinungen Individuen anvertraut, welche ihren wichtigen Anwandlungen durch Breittreten menschlichen Unglücks und Leidens Lust machen.“

werden Industrie- und Handelskreise, die Hauptstützen der Partei. Es wurde nämlich darin bewiesen und auch mit genauen Ziffern belegt, daß die beständigen Klagen aller Industriezweige über angebliche Stagnation, Absatzkrise, Ueberlastung mit Steuern usw., die in der Regel mit dem rührenden Schlußsatz endigen, daß, „wenn nicht augenblicklich Abhilfe geschaffen werde, eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen für das gesamte wirtschaftliche Leben eintreten werde“ — nichts als leere Komödie seien, berechnet auf die unzulängliche Informiertheit des Publikums. In Wirklichkeit zeugten, hieß es, die fetten und ständig wachsenden Dividenden der Aktiengesellschaften und anderer Unternehmungen vom Gegenteil. Freilich müsse man andererseits für die Zukunft wirklich mit weitgehenden Krisen rechnen, denn das unstillbare und innerlich faule System des Kapitalismus müsse unabwendbar zusammenstürzen und einer neuen, gerechten Gesellschaftsordnung Platz machen“ — es schlie nicht viel, so wäre, um die Schmach voll zu machen, das Wort „sozialistischen“ dabeigekommen.

Allem aber setzte das Feuilleton die Krone auf. Wie später festgestellt wurde, hatte sich dessen Verfasser im Unterschied von seinen Kollegen überhaupt nicht von stillen Motiven leiten lassen (er war nämlich in die Redaktion gekommen, als alle Agatheren bereits entlassen waren und entging so auf fast wunderbare Weise der Ethisierung), sondern einfach von persönlichem Effe gegen das erhabene und selbst von den Gegnern geschätzte Haupt der Partei, den großen Dr. Kramerius. Lange hatte er keine niedrigen Gefühle verheimlicht, aber jetzt bemühte er die allgemeine Verwirrung und in einem lächerlichmachenden Artikel, betitelt „Carl der Gütige“ karikierte er in beleidigender Weise den großen Führer. Er sprach von ihm als von einer „abgetanen Größe“, welche sich die Partei angehöblich für die verdienstlichen feierlichen Gelegenheiten halte, über deren politische Offenbarungen aber auch die ergebensten Verehrer verlegen die Achsel zuckten. Und

der „geistige Verfall“ entgegengedehnte Kreis“ (sic!) merke angeblich nichts davon, sondern bilde sich naiv ein, daß er noch immer von allen verehrt werde, ja, er lege seinen Worten sozialen Weltbedeutung bei usw. — nur wenige, wirklich allnationalingefesgrenzerfortschrittliche Parteiangehörige lasen diese peinlichen Zeilen zu Ende.

Die letzten zwei Seiten des Blattes waren trotz dem Protestes der Administration, welche hier die bereits früher bestellten Inserate abdrucken wollte, den Reklameanzeigen der „Pacific“ gewidmet.

Das allgemeine Aufsehen, welches diese Nummer der „Allpatriotischen Wätter“ hervorrief, rechtfertigte vollkommen die Empörung des Dr. Araschino und des ganzen Volkzugs Ausschusses. Den Blättern der Gegenparteien war auf ein Jahr hinaus dankbarer Stoff zum Spott geliefert, alle Abonnenten kündigten haufenweise ab, das Abonnement, gute, treue Parteigänger überschütteten das Sekretariat bald mit sentimentalen, bald wütenden Anfragen, die verlotterten Journalisten weigerten sich, in die neue Redaktion einzutreten, kurz, es wären unenträglich Zustände eingetreten, wäre nicht das öffentliche Interesse von diesem peinlichen Vorfall rasch durch eine Reihe anderer Ereignisse abgelenkt worden, die nicht minder seltsam waren. Von diesen wird in den weiteren Kapiteln die Rede sein.

10. Kapitel.

Weitere Taten.

Der allgemein geschätzte Nordbiller Bürger Philistrin, ein ehemaliger Galanteriewarenhändler und derzeit zweiter Obmann der lokalen Organisation der allnationalingefesgrenzerfortschrittlichen Partei, war eines Abends in die gemütliche Weinstube von Bradanovis im sechsten Bezirke gegangen (bis dorthin erstreckten sich die Filialen dieser rühmlichst bekannten Firma). Zum Abendbrot aß er eine tüchtige Portion

Stalbspapir, wischte sorgfältig den Teller mit einem Salzstangel aus, das Ganze begoß er mit einigen Viertel Dalmatinerweins, zündete sich eine Zigarre an und beobachtete schweigend deren Rauch, indem er in der Erinnerung an die eben genossenen Gaumengenüsse schmelzte.

Als es zwölf Uhr schlug, stand er auf, zahlte und ging langsamen Schrittes seiner Wohnung zu.

Er war noch nicht ans Ende der damals ziemlich wenig belebten „Nationalstraße“ gekommen, als er plötzlich in unmittelbarer Nähe den gedämpften Ruf vernahm: „Halt!“

Beunruhigt wandte sich der allgemein geschätzte Bürger Philistrin um und erblickte vor sich einen jugendlichen Bagabunden, der ihm irgendeinen glänzenden Gegenstand dicht vor die Nase hielt und mit furthbarer Stimme rief: „Moral oder Leben!“

Der geschätzte Bürger Philistrin erschrak tödlich: er erkannte nämlich, daß jener glänzende Gegenstand kein Browning, sondern ein Agather sei.

„Bieber das Leben!“ stöhnte er kläglich und sank kraftlos in die Knie.

Der junge Bagabund aber lachte nur teuflisch auf... schwenkte die Flasche... und im folgenden Augenblick erleuchtete ein grüner Funke die dunkle Nacht...

Als das Gong ertönte, das den Beginn des ersten Ganges verkündete, waren die Nerven des Publikums zum Zerreißen gespannt. Und mit Recht, denn der Ausgang des Boxmatchs, in dem der Schwergewichts-Champion von Nordutopien Tad Kalleh sich mit dem unüberwindlichen Weltmeister Jim Reddam messen sollte, war sozusagen eine nationale Ehrenangelegenheit von Utopien. Parte Vandagen und vier Unzen schwere Handschuhe versprachen einen Sportgenuß allerersten Ranges...

(Fortsetzung folgt)

Eine Regierungsverordnung gegen die Gemeinden.

Die Austragung von Rechtsstreifen über ungiltige Darlehensgeschäfte und die Einbringung von Feststellungsklagen auf die Zeit von sechs Monaten unmöglich.

Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen, 34. Stück, ausgegeben am 5. Mai 1926, bringt die Regierungsverordnung vom 30. April 1926, Slg. Nr. 57 über die Unterbrechung der sich auf gewisse Verbindlichkeiten der Gemeinden und Städte mit Municipalrecht beziehenden Sritte. Die Regierung verordnet mit Berufung auf das Ermächtigungsgesetz vom 15. April 1920, Slg. Nr. 337, daß Streitigkeiten über die Verbindlichkeiten der Gemeinden aus Darlehen, welche in der Zeit vom 26. Juli 1914 bis 31. Dezember 1925 getätigt worden sind und worüber Urkunden ausgefertigt wurden oder die in anderer Weise abgeschlossen worden sind, von Amts wegen oder über Antrag zu unterbrechen sind, wenn in der Klage behauptet oder eingewendet wird, daß die Verbindlichkeit der Gemeinde deshalb ungiltig ist, weil bei ihr die zu ihrer Gültigkeit vorgeschriebenen Erfordernisse nicht erfüllt sind oder die Urkunden über die Verbindlichkeiten den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen. Neue Klagen sind während der Geltungsdauer dieser Regierungsverordnung abzuweisen. Diese Regierungsverordnung ist seit dem Tage der Verkündung, d. i. der 5. Mai l. J., in Wirksamkeit und gilt vorläufig auf die Dauer von sechs Monaten. Befanntlich wurde im Senat ein Gesetzentwurf über die Verbindlichkeit der von den Gemeinden ausgefertigten Urkunden überreicht, welcher über Betreiben der Banken überreicht wurde und der den Gemeinden die Möglichkeit wehmen sollte, bei ungiltigen Kriegsanleihe-Darlehensgeschäften den Rechtsstreit anhängig zu machen. Der Gesetzentwurf wurde am 5. Mai über Antrag des Sen. Dr. Heller vom verfassungsrechtlichen Ausschuss des Senates einem Subkomitee zur Beratung überwiesen. Diese Überweisung mußte deswegen erfolgen, weil der Gesetzentwurf in juristisch-technischer Hinsicht schlecht vorbereitet war und auch nach seiner Gesetzgebung praktisch nicht angewendet werden kann, weil die Gemeinden vielfach außerstande sind, ohne fremde Hilfe ihre Verpflichtungen zu erfüllen und außerdem der Gesetzentwurf über die Regelung der Gemeindefinanzen, welcher die Umlagenhöhe bei den Gemeinden beschränkt, die Bedienung dieser Verpflichtungen unmöglich macht. Um nun den Gemeinden keine Möglichkeit zu belassen, die Zeit bis zur Gesetzgebung des Gesetzentwurfes über die Verbindlichkeit der von den Gemeinden ausgefertigten Urkunden die ungiltigen Darlehensgeschäfte auszunutzen, hat die Regierung diese ungläubliche Durchführungsverordnung erlassen. Es ist für normale Rechtsbegriffe unfassbar und eine gefährliche Untergrabung der Rechtssicherheit, wenn sich die Regierung zu diesem Schritte, dem Drängen der Banken nachgebend, entschlossen hat. Die Regierungsverordnung nimmt den Gemeinden einfach das Recht, gegen ungiltige Darlehensgeschäfte Stellung zu nehmen, von wem immer diese Darlehensgeschäfte für die Gemeinde abgeschlossen wurden. Selbst wenn ein Schuldner die Urkunde namens der Gemeinde unterzeichnet hätte, oder wenn das Geschäft von irgendeinem untergeordneten Organ der Gemeinde abgeschlossen worden wäre, kann sich die Gemeinde nicht zur Wehr setzen, weil die Regierungsverordnung ihr die Möglichkeit dazu benimmt. Die Regierung hätte es eigentlich viel einfacher gehabt, wenn sie das Gesetz über die Verbindlichkeit der von den Gemeinden ausgefertigten Urkunden im Verordnungswege erlassen hätte.

Das Oberste Gericht und die Abgeordnetenimmunität.

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichtet haben, haben die Abgeordneten der republikanischen Partei Marxha und Stanek an den Justizminister eine Interpellation über die Verhältnisse beim Obersten Gericht in Brünn eingebracht. Das Präsidium dieses Gerichtes hat nun den beiden Abgeordneten ein einer Berichtsvorladung ähnliches Schreiben gesandt, in welchem verlangt wurde, daß sich die Beiden innerhalb von acht Tagen beim Obersten Gericht einfinden oder wenigstens mitteilen mögen, wer sie über die Verhältnisse bei diesem Gericht informiert hat. Außerdem wurde beim Obersten Gericht selbst eine Untersuchung eingeleitet und einer der Senatspräsidenten wurde nach Prag berufen, wo man ihm zu verstehen gab, er möge sich pensionieren lassen. Die beiden Abgeordneten haben ihrem Klub über die ganze Sache Bericht erstattet und es wurde festgestellt, daß es in der Geschichte des Parlamentarismus unerhört sei, daß ein Gericht, über welches die Abgeordneten interpelliert haben, diese vorläufig, beziehungsweise auffordert, den Informator zu nennen. — Wenigstens sieht auch einmal der Klub der Abgeordneten einer Regierungspartei, was sich Behörden in der Republik alles erlauben.

Ein Lob für die Agrarier.

Die tschechischen Agrarier sind ob der Unterstützung, die ihnen beim Auszug auf die Taschen des arbeitenden Volkes die Landbändler leisten, ganz entzückt. So schreibt der gestrige „Venkov“: „Man muß auch den Rednern der deutschen Landwirte ein Lob erteilen, welche ihre Gegner aus den Reihen der deutschen Sozialdemokraten,

Kommunisten und Nationalen so glänzend abgeführt haben.“ — Es kommt nur darauf an, ob nicht die Wähler den Bund der Landwirte glänzend abführen werden.

Sozialdemokratischer Sieg bei den Wahlen in den Betriebsauschüß der Fabrikwerke. Bei den Wahlen in den Betriebsauschüß der Fabrikwerke errangen die tschechischen Sozialdemokraten einen schönen Erfolg. Sie erhielten 5579 Stimmen und 12 Mandate, was gegen voriges Jahr einen Zuwachs von einem Mandat bedeutet. Dagegen erlitten die Kommunisten 2186 Stimmen und 4 Mandate. Sie haben gegen das Vorjahr ein Mandat verloren. Die Nationalsozialisten, die 1917 Stimmen erhielten, haben ihren Besitzstand von 4 Mandaten behauptet.

Eine tschechische Versammlung in Prag. Freitag fand auf der Schöngarteninsel eine Versammlung der sogenannten nationaldemokratischen Arbeiter statt, die in Wirklichkeit eine Versammlung der

Berschärfung des Streifes.

Die Streikleitung erwägt die Ausdehnung auf die Seeleute.

London, 8. Mai. (Eigenbericht.) Ueber den Umfang des Streifes kann man sich ein genaues Bild machen, wenn man die Mitgliedszahlen der zum Streik auferufenen Verbände feststellt. Der Bergarbeiterverband zählt 840.000 Mitglieder, die Eisenbahner und Transportarbeiter 450.000, die Bau- und Holzarbeiter 350.000, die Metallarbeiter der Fertigungsindustrie 400.000, der Schwerindustrie 150.000, die Werftarbeiter 120.000 und der Buchdruckerverband 170.000 Mitglieder. Insgesamt handelt es sich also um 2.480.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die im Kampfe stehen.

Gegenwärtig schweben innerhalb der Streikleitung ernste Beratungen über eine weitere Ausdehnung des Streifes. Es handelt sich insbesondere darum, ob man auch die Seeleute zum Kampf aufrufen soll. Man hat dies

Berlin, 8. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Vorwärts“ meldet aus London:

Die allgemeine Lage hat unverkennbar eine Verschärfung erfahren. Die Regierung hat Militär nach London geschickt, was erbitternd wirken muß. Die Gewerkschaften stehen vor wichtigen Entscheidungen. Das nationale Transportkomitee, ein Organ des Generalrates der Gewerkschaften, fordert alle lokalen Komitees auf, sämtliche bisher erteilten Transportbestimmungen zu überprüfen. Diese Maßnahme wird durch drei Momente bedingt: 1. Durch die Weigerung der Regierung, das Angebot der Gewerkschaften zu übernehmen, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu übernehmen, 2. durch den Mißbrauch, der mit den bisherigen Transportbewilligungen getrieben wurde; 3. durch die Haltung gewisser politischer Organe, welche die bisherigen Bewilligungen als illegal bezeichnet haben. Es müßte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die bisherige Streikparole revidiert werde und die zweite Linie, d. h. die bisher nicht zum Kampfe auferufenen Gewerkschaften in die Streikbewegung einbezogen werden. Im allgemeinen sei die Streiklage unverändert. Eine Rückkehr von Organisierten zur Arbeit sei nirgends eingetreten und aus zahlreichen Städten werde gemeldet, daß Unorganisierte dem Streik beitreten.

Eine Kundgebung für die englischen Bergarbeiter.

Der Vorstand des internationalen Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit dem Sitze in Auffs, hat in einer Sitzung am 6. Mai nachstehende Entscheidung gefaßt:

Den im schweren wirtschaftlichen Kampfe stehenden englischen Bergarbeitern bringt der Verbandsvorstand seine Sympathie zum Ausdruck.

Der Vorstand ist angesichts der Bedeutung des heroischen Kampfes zu jeder Unterstützung bereit. Im Bewußtsein, daß Sieg oder Niederlage der englischen Bergarbeiter von tief einschneidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung sein wird, hält es der Verbandsvorstand für seine heiligste Pflicht, kein Opfer zu scheuen, um nach besten Kräften den Kampf der englischen Genossen zu unterstützen.

Arthur Bugh über die eigentlichen Ursachen des Streifes.

In einer außerordentlichen Konferenz der Exekutiven der dem Britischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen sprach Arthur Bugh, der Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes, über die eigentlichen Ursachen, die zu dem großen Konflikt in England führten. Er weist zunächst auf die Lage hin, wie sie sich im vergangenen Jahre und in den letzten Tagen darstellte. Im vergangenen Jahre waren die Bergarbeiter unmittelbar von Lohnherabsetzungen, der Verlängerung der Arbeitszeit und der Abschaffung des Minimallohnes bedroht. Auch in diesem Jahre drohten diese Gefahren, es lag jedoch — und dies ist der wesentliche Unterschied — der Bericht der königlichen Kohlenkommission vor. Diese Kommission kam zu dem Schluß, daß die Industrie besser organisiert werden kann und muß. Es sind demnach nicht die Arbeiter, die für die schlechte Lage der Industrie verantwortlich

waren. In der Versammlung sprach der ehemalige Kommunist Janoušek, der sich inzwischen zum Faschisten gemauert hat, der nationaldemokratische Senator Dyl und der Sekretär Kucera. Der letztere griff in seiner Rede den Präsidenten, bezw. dessen Ansätze an, die der Regierung Cerny die Minister Beneš, Engliš und Sedláček aufgezwungen hat. Namentlich sei für das Land eine Regierung der nationalen Diktatur. Nach der Versammlung zog ein Häuflein Faschisten unter dem Gesang nationaler Lieder in die Myllingasse, wo sich die Redaktion des „Rude Pravo“ befindet. Dort aber wurden sie von der Polizei gestreut.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Der Initiativauschüß hält Mittwoch, den 12. ds. um 12 Uhr vormittag, der sozialpolitische Ausschüß am selben Tage um 10 Uhr vormittag und das Subkomitee für Autorenrecht um 11 Uhr vormittag Sitzungen ab. Dienstag, den 18. ds. wird der Verfassungsrechtliche Ausschüß um 10 Uhr vorm. eine Sitzung abhalten.

bisher vermieden, weil man der Meinung war, daß die Arbeitsniederlegung der Eisenbahner und Hafenarbeiter genüge, um den Verkehr stillzulegen. Das ist an sich richtig, aber die Seeleute drängen überall selbst auf den Streik und sie haben zum Teil die Streikparole nicht abgewartet. Dasselbe gilt auch für die anderen bisher nicht auferufenen Gewerkschaften. Eine Ausdehnung des Streifes auf die Textilarbeiter ist jedoch nicht ratsam, da die Werke infolge des Rohstoffmangels allmählich von selbst zum Stillstand kommen. Das ist, wie amtlich mitgeteilt wird, bei einer Reihe großer Baumwollspinnereien schon der Fall. Diese Tatsache hat zur Folge, daß die Textilarbeiter dann die hässliche Arbeitslosenunterstützung fordern können, während sie bei Eintritt in den Streik den Gewerkschaftskassen zur Last fallen würden.

und. An die Arbeiter gerichtete Vorwürfe betreffend die politische Agitation und die Einschränkung der Produktion wies die Kommission zurück. Dagegen lehnte sie die Vorschläge der Unternehmer ab. In dem Bericht wird unabweisend gesagt, daß die Kommission die Ansichten der Unternehmer nicht gutheißern konnte, wonach wenig oder nichts zur besseren Organisation der Industrie getan werden könne und die einzig praktische Lösung die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne sei.

Als die königliche Kommission im Mai ihre Vorschläge unterbreitete, stellte sie nachstehende klare Bedingung auf:

Vorher von den in der Industrie Beschäftigten irgendwelche Opfer verlangt werden, muß definitiv festgelegt werden, daß alle praktischen Mittel zur besseren Organisation so schnell als möglich angewendet werden.

Die Arbeiter hoffen, daß die nachfolgenden Verhandlungen im Hinblick auf diese Feststellung geführt würden. Dies war aber keineswegs der Fall. In den Diskussionen über den Bericht der Kohlenkommission wurde die Frage der Lohnherabsetzungen in den Vordergrund gehoben und die Besprechung der grundlegenden Fragen vernachlässigt. Auf alle Fälle laien die Unternehmer alles, um die Dinge in dieser Richtung zu beeinflussen. Man verlangte sogar von den Bergleuten materielle Opfer, ohne daß Sicherheit darüber bestand, daß die Industrie auch tatsächlich den Empfehlungen der Kommission zufolge umgestellt und so in die Lage versetzt werde, anständige Löhne zu bezahlen.

Dies ist der eigentliche Grund, weshalb die Verhandlungen schon vor einer Woche auf dem toten Punkte anklangten und seither keine wesentlichen Änderungen mehr eintraten. Die Unternehmer kündigen unterdessen an den Grubeneingängen die neuen, herabgesetzten Löhne an und sperren damit die Arbeiter aus. Sie unterbreiteten wohl einen Entwurf betreffend ein nationales Nebereinkommen, weigerten sich jedoch entschieden, über die Einführung irgendwelcher nationaler Minimalätze zu reden. Dagegen wollten sie auch von einer nationalen Besprechung von Diktatorien nichts wissen. Da es die Regierung ebenfalls unerträglich, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben und auf die wesentlichen Punkte des Kohlenberichts hinzuweisen, mußte es schließlich zum offenen Konflikt kommen. Die englischen Arbeiter stehen mit sauberen Händen da!

Die polnische Regierungsbildung.

Warschau, 8. Mai. (P.M.) Der Obmann der Piast-Partei Abg. Witos teilte dem Präsidenten der Republik mit, daß seine Verhandlungen betreffend die Bildung einer neuen Regierung gescheitert sind und daß er demnach genötigt ist, seine Mission zurückzuliegen. Der Präsident der Republik berief hierauf den Sejmarschall Rataj zu sich, um sich über die Lage zu informieren und erklärte, er werde nunmehr nach dem neuerlichen Mißlingen der Mission des Abg. Witos einen Vertreter des Linksbloks mit der Aufgabe der Bildung eines neuen Kabinetts betrauen. Vertreter der sozialistischen Partei haben auch bereits eine Einladung zum Präsidenten der Republik erhalten.

Stresemann möchte Kanzler werden.

Verhandlungen über den Regierungseintritt der Deutschnationalen.

Berlin, 8. Mai. (Eigenbericht.) Die Regierungskrise entwickelt sich immer weiter. Der Reichskanzler, der morgen nach Berlin zurückkehrt, hat für morgen nachmittag eine Besprechung mit den Vertretern der Regierungsparteien anberaumt, in der er eine Klärung der Lage herbeiführen will. Ob es ihm noch gelingen wird, das Kabinett zu retten, scheint zweifelhaft, denn immer deutlicher stellt sich heraus, daß der eigentliche Krisenmacher der Außenminister Stresemann ist. Die ganze Flaggenfrage ist von ihm angezettelt worden; er hat sich offenbar eine geeignete Grundlage für die Verhandlungen schaffen wollen, die in den letzten Tagen zwischen der deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen über deren Eintritt in die Regierung geführt worden sind. Anscheinend hat Stresemann auch den Ehrgeiz, selbst Reichskanzler zu werden. Daher sucht er auch unablässig den Reichskanzler Luther zu beseligen, wie er seinerzeit auch Wirth verdrängt hat.

Die Rolle des Kartographischen Institutes.

Der zweite Tag der Frankfurter-Prozesse.

Budapest, 8. Mai. (M.Z.) Die heutige Verhandlung im Frankfurter-Prozesse begann mit dem Verhör des Leiters des Kartographischen Institutes Kury. Der Angeklagte erklärt sich als nicht schuldig. Er war noch nicht Leiter des Institutes, als ihn im Herbst 1924 der damalige Leiter Hajts zu sich rief und ihm mitteilte, daß im Interesse einer unzweifelhaft patriotischen Aktion im Institute solche französische Tausendfrankennoten hergestellt werden. Für die Details habe er sich nicht interessiert, da die Verantwortung nicht auf ihm lastete. Als er im Dezember desselben Jahres zur Übernahme der Leitung des Institutes berufen wurde, wollte er die Fortsetzung dieser Arbeiten nicht gestatten. Windischgrätz habe ihn damals aufgesucht und ihn zu überreden getrachtet, mit der Begründung, daß auch

der Regierung nachstehende Kreise die Sache mit Sympathie begleiten und sie unterstützen werden.

Der Angeklagte Gerö

erklärt sich ebenfalls nicht schuldig. Er sei von seinem Vorgesetzten Hajts im Herbst 1923 während der Amtsstunden gefragt worden, ob er geneigt sei, an einer großzügigen, patriotischen Aktion teilzunehmen, worauf er erwiderte, für das Vaterland zu allem bereit zu sein.

Eine Woche später sei er vom Grafen Teleki, den er als Geographen schon länger kannte, in dessen Wohnung geladen worden, wo ihm der Graf mitteilte, daß im Rahmen einer großzügigen patriotischen Aktion eine Reproduktionsarbeit zu verrichten wäre, deren Einzelheiten er bei dem Prinzen Windischgrätz erfahren werde. Teleki habe ihm gesagt, Windischgrätz habe einen Deutschen als Sachverständigen, den Namen Schulze habe er jedoch nicht genannt.

Zu Windischgrätz habe ihn Polizeichef Radossy in seinem Auto geführt,

der am Schluß des Gespräches mit Teleki gekommen war. Die Frage des Vorliegenden, ob er Teleki mitgeteilt habe, mit Hajts schon über eine ähnliche Sache gesprochen zu haben, verneint Gerö. Dagegen erklärte er, Teleki habe ausdrücklich französische Tausendfrankennoten erwähnt, bezüglich deren Pläne vorhanden seien. Bei Windischgrätz angekommen, habe ihm dieser mitgeteilt, daß im Interesse einer patriotischen Aktion

Reproduktionsversuche zur Herstellung von Tausendfrankennoten

gemacht würden; hiesu habe ein deutscher Fachmann namens Schulze Pläne hergestellt und lithographische Steine mit sich gebracht. Die von Schulze gemachten Vorarbeiten waren jedoch ganz unbedeutend.

Auf sein Verzet, daß die Herstellung der Noten im Kartographischen Institut horrenden Summen beanspruchen werde, habe Teleki nichts geantwortet.

Während seiner Deutschlandreise habe dann Gerö Studien absolviert zu 90 Prozent im Interesse des Kartographischen Institutes und bloß zu 10 Prozent im Interesse der Aktion. Auch habe er nächst Köln in einer berühmten Papierfabrik die Papierherstellung studiert. Doch handelte es sich um ein sehr einfaches Verfahren.

Der Vorsitzende fragt Gerö, ob anlässlich der Übernahme der Leitung des Kartographischen Institutes Kury davon gesprochen habe, daß die Regierung oder der Regierung nachstehende Kreise um die Sache wüßten. Gerö antwortete, ihn haben die politischen Beziehungen der Angelegenheit nicht interessiert.

Auf eine weitere Frage gibt er zu, den Namen Radossy gehört zu haben, daß jedoch von dem Ministerpräsidenten oder den Ministern nicht die Rede gewesen wäre. Radossy sollte gewissermaßen als Vertrauensmann der Regierung figurieren.

Nachdem Gerö noch angegeben hatte, daß die Frankfurter-Prozesse bereits im September 1925 vernichtet wurden, machte die bisher verhörrten Angeklagten belanglose Bemerkungen auf die Aussagen Gerös. Bloß als Hajts seine Bemerkung vorbringt, spielte sich

eine dramatische Szene ab: Hajts erklärte, er habe Gerö niemals einen ausdrücklichen Befehl erteilt, sondern ihm unter Erwähnung des patriotischen Zieles gesagt, sich die Sache zu überlegen und wenn er die Sache nicht übernehme, werde sie unterbleiben. Einen solchen Befehl Gerö, der auch Familienvater ist, zu erteilen, wäre eine Unmöglichkeit gewesen.

Der Vorsitzende konfrontiert hierauf die beiden und Gerö wiederholt, daß es sich um einen Verfehl gehandelt habe, denn sonst hätte ihm Dajts Bedenken gegeben.

Demgegenüber behauptet Dajts, Gerö habe erst einige Tage später seine Zusage gegeben mit den Worten: „Natürlich, im Interesse des Vaterlandes unternehme ich die Arbeit.“

Während der darauffolgenden Pause werden zum ersten Male die in Packpapier gehüllten corpora delicti auf den Tisch gelegt. Aus einem Paket schlagen die Geien einiger Tausendfranken-emplare hervor, auf einem anderen Paket liegen die vielgenannten Steinflüsse.

Es wird mit der Einnahme der technischen Arbeiter des Kartographischen Instituts begonnen, die der Vorsitzende hauptsächlich über technische Einzelheiten der Herstellung der Frankensalzfikate befragt.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag früh vertagt.

Offensive Abd el Krims.

Paris, 8. Mai. Der Savasberichterstatler und die marokkanischen Korrespondenten der hiesigen Wälder melden, daß die Offensive der Rifleute bereits begonnen habe. Abd el Krim habe die Aktion an der gesamten Front verdoppelt. Besonders gut habe er die ganze Front mit Wasser versorgt. Die Küste sei für den Fall daß die Spanier neue Verstärkungen landen wollten, bewacht.

Zum Kreis-Arbeiter-Fest in Teplitz-Schönau zu Pfingsten 1926.

Vom Festauschuß wird uns mitgeteilt: Wir bitten alle Vereine und Organisationen des Teplitzer, Aussiger, Bodenbacher und auch Karlsbader Kreises, die Fragebogen bestimmt einzusenden. Ueber dreitausend Organisationen wurden eingeladen, davon hat bis heute ein Bruchteil erst die Frage- und Meldebogen beantwortet. Wir möchten nochmals aufmerksam, daß wir nur auf Grund der einkaufenden Meldungen unsere Dispositionen treffen können. Darum sofort die Vorgenannten! Auch bitten wir, darin genau anzugeben, ob Nachlager gewünscht wird und wieviele Mittagessen vorbereitet werden sollen.

Das Kreisfest wird gefilmt. Die Aufnahmen der Kreisvorturnerunde, die als Einleitung des Festes zu werten ist, sind gelungen. Von Sachsen sind mit 15 Turnspielmannschaften Spiele abgeschlossen worden. Einer großen Anzahl von sächsischen Fußballvereinen mußte abgeschrieben werden. Das Interesse in Sachsen für das Fest ist also groß.

Auftakt zum Fest ist Samstag, den 8. Mai in Dresden, die Begegnung der Fußballbundesmeister Deutschlands und unseres Verbandes in Dresden. Nur unter dieser Bedingung konnten wir den reichsdeutschen Meister für unser Fest gewinnen. D. S. V. Dresden, der wohl auch heuer wieder als Meister aus den Kämpfen hervorgehen wird (er kommt in die Entscheidung mit den süddeutschen Meister), gilt heute als der beste Fußballklub Mitteldeutschlands. Es wird also für die Fußballer ein seltener Genuß werden.

Zur flaggen Durchführung der Turnsportarten wurde auch der Gemeindefestplatz in Weiskirchly mit herangezogen. An Tausend Freiluftturner und gegen 800 Turnerinnen sind bereits gemeldet. Doch sind die Meldungen noch nicht abgeschlossen. Durch die Teilnahme der Reichsdeutschen wird unseren Leichtathleten auch eine schwere Konkurrenz entgegengestellt. Die Reichsdeutschen werden nur an den leichtathletischen Kämpfen teilnehmen, während die turnerischen Mehrkämpfe nur für unsere Turner und Turnerinnen offen sind. Auch hier lassen die Meldungen auf eine gute Teilnahme schließen.

Startgelder sind durch den Bezirk zu zahlen. Die Entreefrage wurde nunmehr endgültig wie folgt geregelt: Dauertaxe zu allen Veranstaltungen gültig (außer Festkränzchen) 16 K. Festkarte ab Samstag mittags bis Montag mittags, ohne Abendveranstaltungen, 10 K. Die Besitzer dieser Karten erhalten hierzu die Festkarte: Samstag nachmittag 2 K, Sonntag ganztägig 5 K, Montag früh 1 K und Montag nachmittag 4 K. Kinderkarten 1 K, im Vorverkauf 60 Heller. Die Preise verstehen sich inklusive Steuer, Quartierbeitrag und Haftpflicht.

Genossen und Genossinnen! Das erste Mal tritt das Klassenbewußte Proletariat Nordwestböhmens mit einer derartigen großen Veranstaltung vor die Öffentlichkeit. Es ist ein Wagnis — und muß den noch gelingen! Als die Turner im Jänner die Frage aufwarfen, ihr Kreisturnfest als ein gemeinsames Fest aller Arbeiter werden zu lassen, gab es wohl mancherlei Bedenken. Und nun wird es zur Tat werden. Alle Organisationsgruppen der Arbeiterbewegung werden bestrebt sein, zu den Festtagen das Beste beizusteuern. Darum rüftet und nützet die wenigen Tage die uns noch trennen. Das Kreis-Arbeiterfest wird ein Tag feierlichen Erhebens sein, wird all den Tausenden neuerlich die frohe Zuversicht geben, daß die Kraft des Sozialismus ungeschwächt ist. Für alle muß es in den nächsten Tagen nur eine Devise geben: „Auf zum Kreis-Arbeiterfest!“

Explosion in der Munitionsfabrik in Polička.

Ein Toter und zwei Verletzte.

Das Ministerium für Nationalverteidigung teilt amtlich mit:

Heute früh um 9 Uhr ereignete sich in der Munitionsfabrik in Polička ein Unglück, wobei der Oberleutnant des protektionistischen Dienstes, Dobry, aus Gurein bei Tschonow in Mähren, tödlich verletzt wurde. Der Unterleutnant in der Reserve, Vladimir Němec, der auf Waffenübung in der Munitionsfabrik eingerückt ist, und die Arbeiterin Haupti wurden leicht verletzt.

Durch die eingeleitete Untersuchung wurde folgendes festgestellt:

Die Explosion wurde dadurch verursacht, daß der strebsame Oberleutnant Dobry aus eigenem Interesse an der Sache den zur Umarbeitung für Schulpfende bestimmten Zünder einer Fliegerbombe deadjustieren wollte. Es war ihm bekannt, daß der Zünder scharf geladen ist. Nach Schmelzen des Paraffins in der Erhitzungsvorrichtung

des Laboratoriums versuchte er wahrscheinlich, die inneren Bestandteile des Zünders herauszunehmen, wobei er zufällig an dem Spagat zog und die Zündschmure in Tätigkeit versetzte. Da er seinen Irrtum erkannte und verhindern wollte, daß die Explosion im Räume, wo einige Personen arbeiteten, erfolgt, lief er mit dem aktivierten Zünder vor das Gebäude, wo er in seine Hand explodierte. Der Grund dafür, daß er den Zünder nicht durch die offene Tür hinauswarf, lag darin, weil dort gerade einige Personen standen, die er nicht in Gefahr bringen wollte. Für das Unglück kann man niemanden verantwortlich machen.

Bierwohl Dobry unmittelbar nach der Explosion dem Oberleutnant Dobry vom Sanitätsdienste der Fabrik Hilfe geleistet wurde, unterlag er seiner schweren Verletzung, da ihm bei der Explosion die Hand abgerissen und das Gefäßbein zertrümmert wurde.

Tages-Neuigkeiten.

Arbeiter, wo sind deine Freunde?

Die bürgerliche Gesellschaft mit all ihrem Unrecht und ihrer Verleumdung kann nur bestehen, weil Millionen von Arbeitern ihren schlimmsten Feinden dienen und in der Gefolgschaft bürgerlicher Parteien marschieren. Die bürgerliche Presse, die schärfste und gefährlichste Waffe der Kapitalistenklasse, kann sich nur am Leben erhalten, weil die bürgerlichen Blätter aller Art von den Arbeitern gekauft werden. Das bürgerliche Blatt- und Provinzialblatt, das große Geschäfts- und Börsenblatt, die politische Zeitung des Bürgerturns, sie alle, die mit jeder Zeile der Erhaltung der bestehenden Unrechtsordnung dienen, werden von Arbeitern gekauft und gelesen. Immer hat der Arbeiter diese oder jene Ausgabe bei der Hand, weshalb er die bürgerliche Zeitung lesen muß: sie sei billiger als die proletarische; aber er bedenkt nicht, daß sie deshalb billiger ist, weil sie mit den Geldern mächtiger Kapitalisten gesüttert wird, die schon wissen, weshalb sie die bürgerliche Presse bezahlen. Sie gefällt der Frau besser; aber er will nicht begreifen, daß die süßlichen und kitschigen Romane und Geschichten die Frauen verdummten, verspiegeln, ihren Geschmack und ihr Klassenbewußtsein verderben sollen, daß die Frau nach der Lektüre dieser Romane früher bereit ist, die Kirche zu besuchen und den Merkmalen nachzulaufen. Sie bringt mehr Nachrichten; aber er bedenkt nicht, daß die Nachrichten in den kapitalistischen Büros erzeugt werden zur systematischen Verzerrung und Fälschung der arbeitenden Massen. Sie bringt mehr lokale Nachrichten; aber der Arbeiter vergißt, daß durch den lokalen Tratsch nur bezweckt werden soll, seine Aufmerksamkeit von den großen politischen Ereignissen abzulenken; da verliert er sich in die Lektüre einer interessanten Diebstahlgeschichte oder einer Scheidungsaffäre und unterdessen wird der Jollkampf gegen die Interessen der Arbeiter entschieden. Wenn das Unglück geschehen, wenn die Lebensmittel verteuert sind, dann ist er empört, dann ruft er nach Partei und Gewerkschaft.

Zu normalen Zeitsäufen merkt der Arbeiter meist schwer, welchen Feind er bei sich im Hause hegt, wenn er Käufer der bürgerlichen Presse ist. Er läßt sich nicht sagen, daß hinter den scheinbar objektiven und neutralen Meldungen und Geschichten Propaganda steckt, er genießt das Gift, weil er es nicht kennt und nicht zu erkennen glaubt. Wenn aber irgend wo ein Kampf ausgetragen wird, in dem es um das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft geht, dann muß auch die bürgerliche Presse Farbe bekennen und dann sollte jeder Arbeiter die Blätter, die er liebt, auf Herz und Nieren prüfen.

Der englische Streik ist eine Sache des internationalen Proletariats. Er ist nicht nur unser Kampf, weil es uns morgen so gehen kann wie heute den englischen Genossen, sondern auch deshalb, weil jede Schädigung der englischen Arbeiter sich auf unsere Lage auswirken muß. Wie steht die bürgerliche Presse zu diesem Streik? Wir haben an einigen Stellen bereits aufgezeigt, wie die bürgerliche Presse bestrebt ist, die öffentliche Meinung gegen die englischen Arbeiter einzunehmen. Wir haben auf die vielen Falschmeldungen verwiesen, die ausgestreut werden. Jeder Arbeiter hat aber die Pflicht, für seinen Teil die bürgerliche Presse zu kontrollieren, zu entlarven und gegen sie zu kämpfen. Es gibt sobald keine Gelegenheit, bei der so wie bei diesem Streik auch dem indifferenten Arbeiter gezeigt werden kann, daß er mit jeder kapitalistischen Zeitung, die er kauft, sein Elend verlängert und der kapitalistischen Ordnung das Dasein fristet. Auf zum Kampf gegen die bürgerliche Presse! Werbet und klärt auf, solange das kapitalistische Banner allen sichtbar entrollt ist!

Ein Dokument Herkaler Schulkreislicht aus dem Burgenland.

Im Burgenland herrschen noch die ungari-schen Schulgesetze, deren Forderung die Christ-lichsozialen verhindern. Anbei eine „Berwahrung“, die einer Lehrkraft vom Pfarrer zuteil wurde:

„Vom röm. kath. Schulstube...“

Punkt 2 Ihrer Verpflichtungen lautet: Führung der Schulkinder in die Kirche und deren Beaufsichtigung dorthin, an den vom Pfarrer bestimmten „Tagen und Tageszeiten“ — trotzdem

ist es am vorigen Sonntag (11.) sowie auch Freitag und Samstag an den zwei Gemeindevotivfeiertagen geschehen, daß Sie dem Gottesdienste ferngeblieben sind, infolgedessen die Kinder, besonders Sonntag, wo der Kantorlehrer abwesend war und der Klassenlehrer ihn vertreten mußte, gänzlich ohne Aufsicht waren.

Da diese Sache Gegenstand eines Disziplinerverfahrens sein sollte, so will ich davon in der Meinung absehen, daß dies Jhresseits aus Unkenntnis und nicht aus Provokation oder Widerstand den katholischen Satzungen geschehen ist.

Jedoch erwarte ich Ihre Rechtfertigung. Bemerkte aber schon hier, daß die Lehrer der katholischen Schulen laus der in Kraft stehenden Satzungen bei Verlust ihrer Stellen im katholischen Geiste wirken und sich den Satzungen der katholischen Kirche zu fügen, also den Gottesdienst auch zu besuchen haben. Denn, daß an den zwei letzten Tagen Schulkinder waren, das geschah eben, weil an diesen Tagen Gemeindefeiertage sind. Freitag bringt aber mit sich obliegende Kirchenbesuch, besonders der Anberungstag.

... Schulstuhlpräses.

Die Schwindlucht der Völkischen im Reich macht immer weitere Fortschritte. Vor einiger Zeit versuchten sie ihr Glück mit der Gründung von „Schlageterbünden“. So erzählten sie von der Gründung einer „Starken“ Ortsgruppe des Schlageter-Bundes in Lörach, aber schon kurze Zeit darauf war unser Parteiorgan in Freiburg in der Lage, folgendes Schriftstück zu veröffentlichen, das über das „Wachstum“ dieser Ortsgruppe den nötigen Aufschluß gibt. Es lautet:

Herrn ... Lörach-Stetten.

Im Auftrage des Kreisleiters, Herrn Schön, gebe ich Ihnen Kenntnis von der Auflösung der Ortsgruppe Lörach-Stetten wegen Mangel an Beteiligung.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen auch den Dank für die Mühe und Arbeit im Bunde aussprechen.

Mit Heil und Handschlag!

J. A.: gez. Roser, Kreisleitung.

Die nationalistische Bewegung hat keinerlei Kontakt mit der Bevölkerung mehr und ist im Absterben begriffen. Daran vermögen die verzweifelten Galvanisierungsversuche der Werwölfe, Schlageterbündler und Jungdomannen nichts zu ändern.

Ein Nord nach 4 Jahren aufgeklärt. Am 19. November 1922 überfielen unbekannte Täter die am Roten Berg in Brünn wohnhafte 73jährige Katharina Schuster in ihrer Wohnung und brachten ihr mit zwei Revolverkugeln schwere Verletzungen bei, denen die Schuster bald darauf im Spital erlag. Die Täter raubten darauf die Wohnung aus und waren spurlos verschwunden, als die Polizei erschien. Trotz angestrengtester Nachforschungen wollte es nicht gelingen, die Täter auch nur festzustellen. Erst in den letzten Tagen war die Polizei in der Lage, den mysteriösen Fall aufzuklären und die Täter auszuforschen. Es sind dies der bekannte Einbrecher Wilhelm Ritsche, der diese Woche wegen eines Einbruches verhaftet wurde und sich auf der Flucht anbot, der Karl Sebestavsky, der eben eine Kerkerstrafe in Märan absaß, die in Haft genommene Josefa Janit und der Karl Janit, der sich vor 3 Jahren, als er sich von der Polizei verfolgt sah, erschob.

Eine sensationelle Erfindung zur Verhinderung von Eisenbahnzusammenstößen. Wie aus Mailand gemeldet wird, soll der Ingenieur Francesco Labate aus Reggio Calabria eine sensationelle Erfindung zur Verhinderung von Eisenbahnzusammenstößen gemacht haben, indem er einen elektrischen Mechanismus konstruierte, welcher Zusammenstöße zwischen zwei Eisenbahnzügen oder das Auffahren von Zügen auf Hindernisse, sowohl auf offener Strecke, als auch in den Bahnhöfen ausschaltet. Der Apparat ist sowohl für elektrische als auch für Dampflokomotiven verwendbar. Sein Mechanismus arbeitet folgendermaßen: Er tritt sofort in Funktion und wirkt unmittelbar auf die Bremsvorrichtungen, sobald zwei Züge, die auf dem gleichen Geleise kurz vor der Gefahr eines Zusammenstoßes stehen. Sobald sich die beiden Züge auf 150 Meter genähert haben, beginnt der Mechanismus automatisch zu arbeiten und bringt die Züge durch die direkte Einwirkung auf die Bremsvorrichtungen zum Stillstand. Das gleiche gilt, wenn ein Zug sich einem andren Hindernis oder einer gestörten Brücke u. a. nähert, Außerdem

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Montag. Prag, 11.30, 12, 14, 18.15, 22: Nachrichten; 16.30: Konzert; 19: Deutsche Sendung Dr. Rod Wiltschlag; 20: Musik; 20: Orchesterkonzert. — Brünn, 14.30, 18: Nachrichten; 19: Konzert; 19.30: Chansons; 19.50: Konzert; 20.30: Chansons. — Wien, 11, 16.15: Konzerte; 17.15: Märchen der Dichtung; 18.25: Vortragszyklus: Die Luftfahrt; 20.15: Altenberg, Morgenstern u. a.; 21.20: Konzert-Akademie. — Berlin, 17.30: Konzert; 19: Technische Wochenplauderei; 19.55: „Meister der klassischen Malerei: Hans Polheim d. J.“; 20.30: Hans-Reimann-Abend.

Programm für Dienstag. Prag, 11.30, 12, 14, 22: Nachrichten; 16.30: Konzert; 18: Deutsche Sendung JUDr. O. Treusch; 21.45: Weitere Musik. — Brünn, 14.30, 18: Nachrichten; 19: Konzert; 20: Arien und Duette aus französischen Opern. — Wien, 16.15: Konzert; 20.15: Hellerer Vortragsabend. — Berlin, 16.45: Stunde mit Büchern; 17: Nachmittagskonzert; 19.25: Weltwirtschaftliche Neubildungen; 20: „Die verkaufte Braut“, komische Oper von Friedrich Schmetana. — Leipzig, 15.35: Das Deutschland in Uebersee; 16.30 und 17.30: Konzerte; 19.30: Uebertragung aus dem Deutschen Nationaltheater Weimar: Jenusa von Leoš Janáček.

gibt der Apparat durch ein akustisches oder optisches Signal dem Zugsführer die Möglichkeit, sofort den Grund des Zugsanhaltens festzustellen.

Opfer ihrer Ueberzeugung. Wie die „Gazette del Popolo“ aus Domodossola an der Schweizer Grenze meldet, wurden fünf italienische Arbeiter, die das Pariser antifaschistische Emigrantenblatt „Corriere degli Italiani“ heimlich nach Italien bringen wollten, auf dem Fuhrmarsch von Brieg Opfer eines Touristenunfalls. Sie gerieten in eine Lawine. Vier konnten sich retten — der fünfte wurde getötet. Die vier Geretteten nahmen die Leiche wieder auf Schweizer Gebiet mit, mußten aber die Zeitungspakete an der Unglücksstelle liegen lassen.

Eine Mutter, die ihr elfjähriges Kind tötet. In Graz stellte sich Mittwoch nachts die 33jährige Kindergärtnerin Christine Napol selbst der Polizei mit der Angabe, daß sie bei Einbruch der Dunkelheit ihre elf Jahre alte außereheliche Tochter Sieglinde wegen ihres unheilbaren Nervenleidens bei einer Wehranlage in Gratwein in die Mauer gestoßen habe, wo das Kind in den hochgehenden Wellen bald verschwand. Das Kind sei noch dem Vater, der im Jahre 1916 an Pottahyse in der Agrarmer Irrenanstalt gestorben ist, erblich belastet gewesen und während der Wintermonate in Behandlung gestanden. Es habe bereits eine Salvarjan- und zwei Malariakur durchgemacht, die nicht den gewünschten Erfolg hatten. Weiters gab sie an, daß sie den Entschluß gefaßt hatte, das Kind von seinem Siedtum zu erlösen und daß sie sich zu diesem Behufe von einem Grazer Arzt Morphinum verschreiben ließ, unter der Vorbedingung, daß sie selbst an Nervenregungsstörungen leide. Um die Tat durchzuführen, habe Napol ihr Kind am 23. April aus dem Kinderhospital herausgenommen und habe sich im Gasthof „Zum Schwan“ in der Annenstrasse eingelagert. Sie habe dem Kind am genannten Tage um 6 Uhr abends anlässlich des Abendessens ein Glas Wasser, in dem angeblich sechs Morphinumpulver aufgelöst waren, zu trinken gegeben, sei dann bis zirka 8 Uhr abends mit dem Kinde spazieren gegangen und habe schließlich im Gasthof mit dem Kinde bis halb 11 Uhr nachts Karten gespielt. Da dieses Quantum Morphinum seine Wirkung nicht tat, habe sie sich entschlossen, weitere sechs Morphinumpulver auf dieselbe Art dem Kinde einzugeben, wonach sich beim Kinde während der Nacht ein starkes Schwinden eingestellt. Am nächsten Morgen sei das Kind ganz wohl gewesen. Vom 23. April bis 5. Mai hielt sich die Napol mit dem Kinde in ihrer Wohnung in Gratwein auf. Da sie trotz mehrfacher Umfragen keine Beschäftigung erhalten konnte und sich ihre finanzielle Notlage von Tag zu Tag steigerte, entschloß sie sich, das Kind in die Mauer zu stoßen. Sie gab dem Kinde an, daß sie zur Mauer gehen werde, bereitete zu diesem Zweck zwei Angeln vor und als sie diese in das Wasser geworfen hatte und das Kind ihnen nachschaffte, stieß sie es in die Mauer. Um diese Tat ausführen zu können, trank die Napol im Laufe des Nachmittags ein größeres Quantum Sekt. Die Erhebungsin wurden eingeleitet. Die Napol wird nach Klarstellung der Tat dem Landesgericht eingeliefert.

Wiederum an den Branger mit dem Deutschen Haus in Prag! In einer Zuspätschickung uns der Zentralverband der Gastwirtschaftlichen in Prag mit: Die deutschen Gastwirtschaftlichen beteiligen sich alljährlich mit der anderen Arbeiterschaft in Proa an der Mai-feier. Auch heuer waren die gastgewerblichen Betriebe in Prag am 1. Mai bis 12 Uhr mittags geschlossen, so wie es die Genossenschaft der Gastwirte und der Schiffenausfuhr vereinbart hatten. Doch mußte die Arbeiterschaft zu ihrer Ueberraschung wahrnehmen, daß in der Gastwirtschaft des Deutschen Hauses in Prag gearbeitet wurde. Der bekannte Direktor Schürer hatte die Vereinbarung einfach sabotiert. Leider fand sich auch ein Kellner, Josef Hanisa, der um 9 Uhr früh im Betrieb erschien, um die Arbeit zu verrichten. Dieser tüchtige Kollege wird deshalb von den organisierten Gastwirtschaftlichen an den Branger gestellt. Die Zustände im Deutschen Haus scheinen von Monat zu Monat lieblicher zu werden. Ja, an diesem Unternehmen hat das deutsche Volk eine feste Burg — für den Geldsack und gegen die Arbeiter!

Wantsch's Taschenfahrpläne. Sommer 1926, sind erschienen. Von diesen bestiegefahrten, allgemein beliebten Kurdbüchern enthält die große Ausgabe Böhmen, Mähren und Schlesien vollständig, Slowakei auszugsweise. Dem wesentlich verbesserten Stationsverzeichnis ist ein Anhang mit den früheren Stationsnamen und einer Gegenüberstellung der jetzigen, amtlichen Bezeichnungen sowie Erläuterungen zu den Bahnhofbezeichnungen angehängt. Preis 7.80 K. Die kleine Ausgabe enthält wie bisher die Randgebiete Böhmens auf 80 Seiten mit einem verbesserten Stationsverzeichnis; Preis 3.80. Beide Ausgaben sind sachmännlich bearbeitet, übersichtlich angeordnet und amtlich überprüft. Als Ergänzung hierzu erscheint etwa Mitte Mai ein Taschenfahrplan der Automobillinien Böhmens mit über 100 staatlichen und Privatlinien, Streckenverzeichnis und einem Anhang aus den Beförderungsverordnungen für Staatslinien. Preis 1.80. Vielseitigen Wünschen entsprechend hat der Verlag Leinen-Schutdecken mit Goldaufdruck herstellen lassen, die für beide Ausgaben passen und den Fahrplan bei starker Verwendung vor allzu rascher Abnutzung bewahren. Preis 4.50 K. Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen oder unmittelbar vom Verlag von Wantsch's Taschenfahrpläne Turn-Teplic gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken.

Aln verbietet die Wolkenkratzer. Die Stadtverwaltung von Aln hat sich jetzt endgültig gegen die weitere Baubewilligung von Wolkenkratzern ausgesprochen. Der Bau eines zehnstöckigen Warenhauses, der vor längerer Zeit schon bewilligt war, wird davon allerdings nicht mehr berührt. Der Beschluß gegen die Wolkenkratzer ist von der Erwägung getragen, daß weitere Wolkenkratzerbauten in Stadttümmern die harmonisch-überwiegende Stellung des Kölner Doms im Gesamtbild ungünstig beeinflussen würden.

Die teuren Riesen. Für die Londoner Garderegimenter einschließlicher der schottischen und irischen Garde ist das obligatorische Körpermaß um vier Zoll herabgesetzt worden. In der Begründung heißt es, daß die Maßnahme sich nicht nur deswegen notwendig gemacht hätte, weil immer weniger Leute von dem vorkriegsmäßigen Mindestmaß sich messen, sondern auch weil die gesamte Einrichtung und Montur für ein kleineres Maß sich wesentlich billiger stellt. Bisher betrug das Mindestmaß sechs Fuß.

Von der Trauung in den Tod ging eine Autofahrt, die eine Hochzeitsgesellschaft in zwei Automobilen nach Ragusa unternahm. Das erste Auto, in dem das Ehepaar unmittelbar nach der Trauung Platz genommen hatte, stieß auf einen Pressstein und schlug um. Die junge Frau wurde getötet, dem Chemann wurden die Beine zerquetscht. Auch der Priester, der die Trauung vorgenommen hatte, wurde schwer verletzt. Das zweite Auto, das schnell anhalten wollte, überschlug sich ebenfalls und stürzte ins Meer. Alle Insassen ertranken.

Wegen Kindesmord zum Tode verurteilt wurde am Freitag in Berlin der frühere Kraftwagenfahrer Oswald Gädke. Nach einer unglücklichen Ehe und dem Tode seiner Frau trieb sich der Angeklagte als Landstreicher herum, bis er im Jahre 1923 sich in der Nähe von Berlin mit einem Bauernmädchen verlobte. Bei deren Eltern brachte er auch sein Kind aus erster Ehe unter. Weihnachten 1924 holte er jedoch das Kind ab, angeblich um es in einem Krankenhaus in Berlin unterbringen zu wollen. Das gelang ihm jedoch nicht, worauf er das Kind auf der Rückfahrt erdrosselte und die Leiche im Schnee verscharrte. Daraus lehrte er zu seiner Braut zurück. Am anderen Morgen bekam er es mit der Angst zu tun und er schlügte. Ein Jahr lang hat er sich jedem unter solchem Namen in Mecklenburg verborgen gehalten, wo er dann Ende 1925 verhaftet wurde. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte das Kind im Hinblick auf seine Wiederverlobung loswerden wollte und verurteilte ihn deshalb wegen Mordes zum Tode.

Weiterübersicht vom 8. Mai. Während in der Westhälfte Böhmens die Niederschläge bereits aufgehört haben, hielten im übrigen Staatsgebiete die Regenfälle an; sie waren heute nachts in Mähren und in der Westslowakei wieder sehr ergiebig. Infolge des Zustusses kühlere Luft aus dem Nordwesten hat sich die Temperatur in Böhmen bei leichtem bedecktem Himmel unter 10 Grad Celsius erniedrigt;

Reaktionäre Justiz.

In Ungarn und in Estland.

Die Grausamkeit der reaktionären Justiz in Ungarn hat sich wieder in zwei Fällen erwiesen, die in den letzten Tagen geschehen sind.

Der Schuhmachergehilfe Franz Pap, der Schlosser Ladislaus Lay, die Tagelöhner Eugen Juhász und Karl Keresztes haben eine Artillerie „Die Grundlehren des Leninismus“, die in einer in Sowjetrußland erscheinenden Zeitung veröffentlicht wurde, abgeschrieben, und hatten die Absicht, sie zu vervielfältigen und unter ihren Bekannten und Genossinnen zu verbreiten. Bevor sie aber ihren Plan ausführen konnten, hielten Kriminalbeamte bei ihnen eine Hausdurchsuchung und beschlagnahmten das Manuskript. Sie wurden wegen des Versuchs des gewalttätigen Umsturzes der staatlichen Ordnung vor Gericht gestellt. In der Hauptverhandlung wurde Pap freigesprochen, Juhász und Keresztes zu je zwei Jahren, Lay aber zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. In der „Begründung“ dieses Schandurteils wird als besonders erschwerend die Tatsache erwähnt, daß die Angeklagten revolutionäre Lehren in einem Zeitpunkt verbreiten wollten, in der die Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Notlage die Massen für revolutionäre Lehren besonders empfänglich mache. Man hat es also den Angeklagten als besonders erschwerend angerechnet, daß in Ungarn Arbeitslosigkeit herrscht, als ob die Angeklagten dafür etwas könnten!

Ein zweiter Fall ist nicht minder empörend. Die Vagi-Partei veröffentlichte eine Manifestation unter dem Titel: „Der sozialistische Arbeiter.“ Samstag abend wurden nun Adolf Savas, der Direktor der Globusdruckerei, wo die Festschrift hergestellt wurde, und Stephan Vagi zum Polizeirichter vorgeführt und zu je acht Monaten Gefängnis und zu je dreizehn Millionen Kronen Geldstrafe wegen unbefugter Veröffentlichung einer periodischen Druckchrift verurteilt. Sie wurden sofort verhaftet und in das Schubhaus gebracht. Ist diese Strafe schon an sich etwas Unerhörtes, so wird man diese Schandjustiz erst in ihrer ganzen Niedertretlichkeit erkennen, wenn man bedenkt, daß diese Strafen wegen des Preßvergehens der unbefugten Veröffentlichung von einem Polizeirichter verhängt wurden und daß gegen sie keine Berufung möglich ist.

In der Nacht auf Samstag sind hier die Minima infolge teilweiser Aufhellung fast bis auf 0 Grad gesunken; im Osten dagegen blieb die Temperatur höher. Auf den Bergen hat sich eine neue Schneedecke gebildet; die Schneehöhe meidet 18, der Ostwind 2 Zentimeter Schnee. — Wahrscheinlich 2 Weiter von Sonntag: Wechsel bis vorwiegend bewölkt; streichweise Regen, kühl.

Humor.

In München auf der Fährbrücke stehen zwei angehäufelte Oberbarnen und blicken neugierig in die Tiefe. Worauf sich folgender Dialog entwickelt: „Dimmherrgott, wie demisch der Lech heit ausschaut!“ — „Jesedmorja, dös is doch net der Lech, dös is doch der Inn!“ — „Jo, Ditt, do schaut her — ja schlech! flegh i scho!“

Ein älterer Herr, der zwecks Auffrischung seiner Lebenskraft einen ihm gerühmten Verjüngungsarzt aufsuchen will, verhält sich im Arztstübchen und läutet bei einem Johnson, dem er seine diktierten Wünsche vorträgt. Worauf blinzelt der Dentist ihn zurechtweist: „Bei mir wird nur Wutzel gezogen — in die Potenz erhoben wird nebenan!“

G'mütslichkeit. Im D-Zug München-Rosenheim, Kontrolle erscheint. Ein echt bairischer Agrarökonom reicht seine Fahrkarte. Der Kontrolleur: „Ja, dös geht aber net, mei Vabier! Dös is ja a Karten für Personenzug! Dös is a Schnell-

Das fürchtbarste aber ist ein Urteil, das an einem Kommunisten in Estland vollzogen wurde: der Angeklagte wurde nämlich erschossen. Die Sache, um die es sich handelt, ist folgende: In Estland hat sich vor kurzem angefangen der bevorstehenden Neuwahlen eine linksradikale „Estonische Arbeiterpartei“ von der sozialdemokratischen Partei abgesplittert; es handelte sich wahrscheinlich insgesam um eine halbkommunistische Gründung. Nun wird gemeldet, daß der Führer dieser neuen Gruppe, der ehemals kommunistische, später zu den Sozialisten übergetretene frühere Abgeordnete Abramson, in dem Augenblick verhaftet wurde, als er mit dem als Kommunisten bekannten Niemann auf der Straße zusammentraf. Die Partei wurde sofort aufgelöst, ihre Kandidatenliste annulliert, ihre Lokale gesperrt. Abramson erwartet im Gefängnis ein voraussichtlich hartes Urteil: wohlgemerkt es war nichts anderes geschehen, als daß sich zwei Männer auf der Straße trafen! Aber das ist noch nicht alles. Niemann soll ein bolschewistischer Agent sein und mit besonderen Vollmachten aus Moskau nach Estland gekommen sein, um die nach dem mißglückten Putschversuch vom 1. Dezember 1924 blutig unterdrückte kommunistische Organisation wieder aufzubauen. Bei ihm wurden Schlüssel gefunden, die auf die Spur eines geheimen Bureaus der Kommunisten führten; unter der Diele eines Lebensmittelgeschäftes wurden eine Schreibmaschine, ein Vervielfältigungsapparat, Literatur, Adressenlisten und Geld gefunden. Sonst nichts! Das ist, auch nach den Meldungen bürgerlicher Blätter der ganze „Tatbestand“. Aber er genügt den estnischen Behörden, um Niemann vor ein Feldgericht zu stellen, das ihn zum Tode verurteilte! Und eine Stunde nach der Urteilsfällung wurde Niemann erschossen. So wütet die Terrorjustiz der estnischen Bourgeoisie noch anderthalb Jahre nach dem unsinnigen kommunistischen Abenteuer, das bei allgemeiner Teilnahmslosigkeit der estnischen Arbeiter binnen wenigen Stunden zusammengebrochen war.

Wie man sieht, werden die Gerichte vollständig in den Dienst der reaktionären Bourgeoisie gestellt, was dazu dient, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Gerichten vollständig zu erschüttern.

„Ja, wo drinspielt! Dös geht net — do mußt scho a Geld nachhah'n!“ Groß schaut ihn der qualmende Lokomotiv an und meint: „Jo, was geht's mi a Jahr' langamer! I hob a Zeit!“

Von Subklopfen. „Ach, da schau, Frau Geheimrat — auch ein Subklopf?“ „Freilich! Und viel netter und gesünder ist er als das alte Gewusel!“ „Na, und wie geht's sonst? Ihr Dienstmädchen haben Sie entlassen, hat ich gehört?“ „Natürlich! Denken Sie nur, die freche Person hatte sich auch einen Subklopf schneiden lassen!“

„Ach ja! „Unsere Universität ist ein wahrer Zierneuhimmel von Verühmtheiten!“ „Wissen Sie, mir kommt dieser Himmel etwas enggestirnt vor!“

Jugendbewegung.

Zum Jugendtag in Dresden.

Von der Kreisorganisation Bodenbach des Sozialistischen Jugendverbandes wird uns geschrieben: Es rückt die Zeit immer näher, in der wir als Gäste der sozialistischen Arbeiterjugend Sachsens am internationalen Jugendtag in Dresden teilnehmen werden. Ungefähr 600 junge Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Grenzgebieten werden sich an dieser Kundgebung beteiligen. Es gilt nun auch die organisatorischen Vorbereitungen glatt zu erledigen. Und dazu brauchen wir ganz besonders die Mithilfe aller Teilneh-

mer, die diese uns dadurch gewähren können, daß sie sich an die gegebenen Richtlinien über den Verlauf der Reise unbedingt halten.

Es sind in allen Gruppen besondere Gruppenführer zu wählen, die für die Teilnehmer aus ihrer Gruppe verantwortlich sind und etwaige Wünsche und Beschwerden der Reiseleitung zu übermitteln haben. Auch die Zuteilung der Quartierkarten, die erst in Dresden erfolgt (siehe Programm) erfolgt durch die Gruppenführer.

Nun zur Reise selbst. Alle Teilnehmer treffen sich in Bodenbach, von wo wir am Freitagabend nachmittags um 2 Uhr mit dem Sonderdampfer abfahren. Der später kommt, kann am Sonntag früh mit dem ersten Zuge um 6 Uhr von Bodenbach wegfahren. — Für Gruppen, die außerhalb dieser beiden Wege gehen, können wir betreffs der Bahnregelung keine Verantwortung übernehmen.

Wir erlauben alle Teilnehmer, auf der Reise sowohl, wie beim Jugendtag selbst, keine eigenen Unternehmungen ins Werk zu setzen, sondern sich nach Tatkraft an das Programm des Jugendtages zu halten, das wir in aller Kürze nachstehend bekanntgeben:

Samstag abends: Ankunft in Dresden, Aufstellung der Quartierkarten durch die Gruppenführer, Aufstellung in die Quartiere. Dann Beteiligung an einer der Begrüßungsfeiern.

Sonntag: Vormittags Besichtigung Dresden, der Gemäldegalerie, Skulpturensammlung, usw. Nachmittags Auffstellung in den Bezirken zum Festzug, Jugendtreiben auf den Elbwiesen. Abends Kundgebung im Stadion.

Montag: Vormittags um 10 Uhr Theater. Im Albert-Theater wird Leo Tolstois „Und das Licht leuchtet in der Finsternis“ aufgeführt (Jugendtagvorstellung). Nachmittags Kremler Spaziergänge in die Umgebung Dresden. Abends Rückfahrt nach Bodenbach.

Sicher werden sowohl die Reise nach Dresden, als auch das Erlebnis des Jugendtages selbst jeden Teilnehmer zufriedenstellen. Wir hoffen, daß die Jugendgenossen und -genossinnen die Richtlinien verstehen und sie als notwendig erachten.

Weltwirtschaft.

Welt-Wanderungskongreß.

Soeben ist der erste Band des für den Weltwanderungskongreß in London (18.—21. Mai 1926) vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Berichtes erschienen. In der Einleitung werden die verschiedenen Arten der Wanderung sowie die verschiedenen Aspekte des Wanderungsproblems aufgeführt (wirtschaftliche, politische und soziale Faktoren der Wanderung und Stellung der Arbeiter zum Wanderungsproblem); ferner wird darin auf die Bedeutung des Wanderungsproblems für den Weltfrieden hingewiesen. Darauf folgen Übersichten über die Lage auf dem Gebiete der Wanderung in den verschiedenen Kontinenten, die Wanderung im Weltmaßstab und die Wanderungsbewegungen in den verschiedenen Ländern. In dieser Hinsicht ist der Bericht ausführlicher als sonstiger derartige Veröffentlichungen des I. G. B., und zwar deshalb, weil versucht wird, die Lage in allen und nicht nur den Ländern mit organisierten Arbeitern zu prüfen. Es ist für die Arbeiter im allgemeinen äußerst wichtig, daß die abgelegeneren Teile der Welt ebenfalls in den Betrachtungskreis einbezogen werden. In allen europäischen Ländern ist die Lage auf dem Gebiete der Wanderung ungefähr die gleiche. Denn die meisten europäischen Länder sind Auswanderungsländer. Die Auswanderung kann jedoch nicht gefordert von der Einwanderung behandelt werden und aus diesem Grunde hat das Wanderungsproblem für Europa eine Mehrseite: die Probleme der Einwanderungsländer. Wird die Frage der Auswanderung nicht von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, so sieht man die Dinge nicht im richtigen Lichte.

Der erste Band schließt mit kurzen Angaben über die Wanderung in den einzelnen Berufen und umfaßt die von den Berufssekretariaten gemachten Angaben. Auch der zweite Band des Berichtes wird vor Beginn des Kongresses den Delegierten zugestellt werden.

Londoner Bilder.

Der Verkehr.

Berlin, 5. Mai 1926.

Die Aufgabe, die ganze Naturgeschichte auf einen Briefbogen zu bringen, dürfte kaum schwerer sein, als eine Schilderung von London. Mit der Feststellung, daß an der Themse die größte Stadt der Erde mit etwa neun Millionen Einwohnern liegt, ist noch gar nichts gesagt. Etwas plastischer wird die Sache schon, wenn man von Gravesend her, dem Hafen der Linie Rotterdam—London, westwärts fährt und nach mehr als einhundert Fahrten durch Schrebergärten, an Meiselsäfernen und Straßenfluchten vorbei ins Innere gelangt; oder wenn einen der Autobus von Wembley im Nordwesten oder von Richmond oder Wollwich in endloser Fahrt durch ein Meer von Häusern, durch atemloses Hasten und Tosen nach den eigentlichen Brennpunkten Londons bringt. Von der räumlichen Ausdehnung dieser Stadt kann man sich schwer eine Vorstellung machen. Die längste Strecke von einem zum andern Stadende soll rund 80 Kilometer messen. Einige 1000 Quadrat-Kilometer ist das Gebiet immerhin groß, das die Londoner Polizei zu betreten hat.

Wenn sich der ewig nebelgraue Tag aus dem Dunkel schält, dann ist London längst erwacht. Ein

ungeheurer Verkehr wälzt sich unablässig und unerschütterlich durch die Straßen. Das Pferd mußte aus dem Stadttümmern so gut wie ganz verschwinden, und selbst die Straßenbahn ist schon mehr Verkehrsbehinderung als Verkehrsmittel. Das Straßenbild Londons wird völlig beherrscht von den mächtigen, weißelackierten Autobussen, die fast den ganzen Verkehr über der Erde bewältigen. Ende dieser Kolosse wimmeln auf mehr als 200 Linien durch die Straßen, ein grandioses Gewoge, das sich zum letzten Höhepunkt dort steigert, wo an einer Kreuzung ein Polizist ruhig und selbstbewußt den Strom dirigiert, wo sich oft auf hunderte von Metern rückwärts in zwei- und dreigliedrigen Kolonnen die Wagen stauen, scheinbar unentwirrbar verknäult, bis die Führer mit bewunderungswürdiger Sicherheit ihr Gefährt vorbeibringen. Die Londoner Chauffeure sind Künstler darin, in haarscharfer, kühlere und stets fabelhaft sicherer Berechnung sich ihren Weg durch ein einziges ständiges Labyrinth zu bahnen und die kleinen Personautos huschen wie flinke Fische in dieser tosenden Brandung dahin. Um die Mittagszeit speit die Stadt ihre Millionen auf die Straßen, aber mit erstaunlicher Eratheit bringt sie der Moloch Verkehr liebevoll weiter.

Unten aber, unter den Straßen und Häusern Londons fließt durch Duzende von Adern der Untergrundbahnverkehr. An einigen hundert Stationen werden fast jede Minute lange Züge

lautlos und flink abgefertigt. Es grenzt an ein Wunder, wie die Bevölkerung auf die enge Verkehrslinien einzugeht. Die geringste Störung an einem Punkte würde den Betrieb bald auf einem großen Teilgebiet stören. Von Signalen und ähnlichen Dingen nimmt man fast gar nichts wahr. Ein Schaffner läßt einen kurzen Pfiff ertönen und schon hat der Zug wieder scharfes Tempo. Die Höhrnbahn liegt noch tiefer als die Untergrundbahn (an einzelnen Stellen bis zu 60 Metern unter den Straßen) und schneidet mit ihrem Stollenwege mehrfach die Themse. Lange, wie Transportbänder bewegte Treppen und große Aufzüge verbinden diese Stationen mit der Oberwelt.

Die Fahrpreise sind durchwegs niedrig. Für einen Penny (85 Pfennig) fährt man bis zu zwei Kilometer, für einen halben Schilling eine ganze Stunde Omnibus. Der Londoner Verkehr schaltet ja Fußgänger beinahe aus. Die scheinbar kurze Strecke vom Strande nach dem Hyde-Parc führt dreiviertel Stunden, die Oxford-Street, eine der großen Adern Londons, beinahe eine Stunde. Deshalb benutzt man in buntem Wechsel den „Bus“, die „Tram“ (sofern sie da ist und man genügend Zeit hat) und die „Untergrund“. Freilich geht es „Kopf hoch“; sonst landet man 20 Kilometer westlich von Charing, statt in Abgate East, das einige Wegstunden östlich davon liegt. Eins fällt dem Deutschen sofort auf: sämtliche Ver-

kehrsmittel fahren in England links. Das kann bei Überquerungen recht unangenehm werden, aber man gewöhnt sich bald an alles. Nach wenigen Tagen hat man den Tip heraus, spricht möglichst wenig und tut genau so unverfroren wie alle andern. Der Engländer kümmert sich um keinen Menschen, der sich anständig benimmt, sei er nun ein Mulatte, ein Kaffer oder ein Deutscher. Wer aber einmal den Pulsschlag von Londons Verkehr gefühlt hat, dessen Nerven einmal in der City gepeitscht wurden, der vergißt diesen Hexensessel sein Leben lang nicht wieder.

In diesen Tagen hat freilich das Bild durch den Generalstreik ein anderes Aussehen bekommen. Die Untergrundbahnen und die meisten Autobusse stehen still. Alle, längst ausrangierten Fuhrwerke durchkreuzen die Straßen, und lange Schlangen von Fahrrädern, Motorrädern und Autos ältester Konstruktion dienen der Bevölkerung als Verkehrsmittel. Natürlich hat dadurch die Verkehrs-polizei einen ungeheuren Ansturm zu bewältigen. Aber die vorzügliche Disziplin der Bevölkerung trägt doch dazu bei, den Wirrwarr so weit zu mildern, daß nicht einfach ein Chaos eintritt, wie es bei geringerer Selbstkucht wohl unvermeidlich sein würde. Nur im Osten der Stadt sind einige Zusammenstöße der erregten Menge, die die „Wilde“ Fahrer anhält und die Anfosser der Wagen zum Aussteigen zwang, mit der Polizei vorgekommen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

GRAF KOCHFERTIGE SUPPEN ERBS ERBS mit REIS ERBS mit SPECK HAUSMACHER REIS-JULIENNE

zungen werden müsse, keine Einnahmen mit der Regie in Einklang zu bringen. Also eine recht klare Aufforderung die Fahrpreise zu erhöhen.

Literatur.

„Die Gesellschaft“ Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Berlin. Aus dem Inhalt: Dr. Rudolf Hilferding: Krieg, Abrüstung und

Kunst und Wissen.

Aufführung „Die spanische Nachtigall“, Operette in drei Akten von Leo Fall. (Gastspiel Emmy Sturm II.) Es ist sicher nicht bloßer Zufall, daß die Berliner Operettendiva

nur Schlager im besten Sinne des Wortes, sondern auch Musikstücke von beachtenswerter künstlerischer Freiheit in der Charakterisierung. Auch das Textbuch der Operette, das die bekannten Operetten-

Heute Konzert der Berliner Philharmonie, Dirigent W. Furtwängler, um 8 Uhr im Lucerna-Saal. Festliche Karten sind an der Lucerna-Kassa tagtäglich zu kaufen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Sonntag halb 3 Uhr nachm. Gastspiel Emmy Sturm: „Der süße Kavalier“, halb 8 Uhr abends „Die spanische Nachtigall“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag, halb 8 Uhr abends „Der wahre Jakob“. Montag „Nidel und die 3 Gerechten“.

Herausgeber Dr. Ludwig Ege. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehn. Druck: Deutsche Zeitungs-K.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Söll.

Genossen! Ihr müßt un- ausgelegt für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Zehnt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Datum, Genossen u. Genossinnen agitiert

Zur Wiedereröffnung des Studentenheimes in Arnau. Die Stadtgemeinde Arnau beabsichtigt, daß seit Kriegsausbruch geschlossene Studentenheim mit Beginn des Schuljahres 1926-27 wiederzu eröffnen.

Es liegt daher im Interesse aller der Eltern, die ihre Kinder am Arnauer Staats-Real-Gymnasium studieren, beziehungsweise weiterstudieren lassen wollen, die Schüleranmeldungen ehestens, jedenfalls noch vor Ablauf des Schuljahres 1925-26 beim Bürgermeisteramt in Arnau vorzunehmen, damit rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden können.

Die Wiedereröffnung des Studentenheimes in Arnau ist um so mehr zu begrüßen, als dadurch einmal dem in Arnau herrschenden empfindlichen Wohnungsmangel abgeholfen würde, andererseits auch den Mittelschülern der weiteren Umgebung von Arnau infolge der günstigen Bahnverbindungen nach allen Richtungen hin die Möglichkeit geboten wird, unter sachgemäßer Aufsicht ihrem Studium zu obliegen.

Ein zahlreicher Besuch des Studentenheimes in Arnau wäre auch aus dem Gesichtspunkte der Gesundheit und körperlichen Ertüchtigung der Schüler sehr empfehlenswert.

Dem am Fuße des Riesengebirges gelegen, dessen Kamm in 3 Stunden erreichbar ist, bietet die Stadt sowohl was ihre Lage betrifft als auch in sportlicher Beziehung der Jugend reichliche Gelegenheit, jede Art des Sommer- und Wintersportes zu betreiben, wobei auch für eine sachkundige Anleitung Sorge getragen und andererseits durch gewissenhafte und sachgemäße Beaufsichtigung darauf Bedacht genommen ist, daß durch die sportliche Betätigung der Schüler deren Studienfortgang nicht beeinträchtigt wird. Näheres im Inseratenteil. 4054

Der Bürgermeister: Ignaz Janetschek.

Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter.

Das Ministerium für soziale Fürsorge bereitet eine Gesetzesvorlage über das Verbot der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter vor. Personen bis zu 18 Jahren sollen in Betrieben mit ununterbrochenem Nachtbetrieb nicht beschäftigt werden. Ausnahmen sind nur bei Arbeitern von über 16 Jahren in dem Falle zulässig, wo es unbedingt erforderlich ist.

Zur Erhöhung der Personentarife.

Trotz aller vorläufig nur von der Organisation der Geschäftsreisenden vorgebrachten Proteste ist der Eisenbahnminister gewillt, die Erhöhung der Personentarife innerhalb kürzester Frist durchzuführen. Eigentümlich berühren die Begleiterscheinungen dieser für alle Schichten der erwerbstätigen Menschen überaus wichtigen Angelegenheit. Finanzminister Englich gab seinerzeit die Erklärung ab, daß die Erhöhung der Personentarife nicht in die Kompetenz des Finanzministeriums falle, ohne sich aber den Hinweis zu ersparen, daß das Eisenbahnministerium als ein den Grundfragen eines Handelsunternehmens verwalteter Staatsbetrieb ge-

Puschkins Chetragödie.

Zu den mancherlei Dichtertagödien, von denen die Literaturgeschichte zu berichten weiß, ist auch der Lebensausklang Alexander Puschkins, des größten Dichters Rußlands, zu zählen, der im Alter von noch nicht 40 Jahren im Duell erschossen wurde, in das er wegen seiner eigenen Gattin verwickelt worden war. Von Anfang an war seine Ehe nicht sonderlich glücklich gewesen. Die neunzehnjährige Natalie Gontscharow, die Puschkin im Alter von 31 Jahren geheiratet hatte, war seiner innigen Liebe nur mit Oberflächlichkeit und Kälte begegnet. Ueberhaupt hatte sie den Dichter nur aus Eitelkeit geheiratet, und es kam noch hinzu, daß Puschkin körperlich von seiner schönen Frau sehr unvorteilhaft abfiel und man dieses Mißverhältnis den Dichter besonders in den russischen Adelskreisen, denen er von Haus aus angehörte, gelegentlich in wenig schöner Weise fühlen ließ.

Gingen schon die ersten drei Jahre der Ehe in einer stetigen, für beide Teile peinigenden Unzufriedenheit dahin, so trat die Ursache zu der Schlußkatastrophe ein, als Frau Puschkin in der Person eines jungen Offiziers einen außerordentlichen Liebhaber fand. Bei der halblösen Oberflächlichkeit Nataliens nimmt es nicht wunder, wenn sie dem jungen, nach Rußland gekommenen Franzosen, der sofort mit größter Leidenschaftlichkeit um ihre Gunst warb, bald in weitestem Maße

entgegenkam. Die Kunde von den intimen Beziehungen, die zwischen den Beiden entstanden, drang auch in die gesellschaftlichen Kreise, in denen Puschkin verkehrte, und diese Kreise waren roh genug, um mit der Tragödie des Dichters ihren Spott zu treiben. Als Puschkin geradezu öffentlich von dem Skandal in seinem Hause benachrichtigt wurde, konnte er ihm nicht mehr ausweichen. Auf Grund eines anonymen Schreibens, das im November 1836 nicht nur ihm, sondern auch noch einigen anderen Persönlichkeiten zugeing, war der Dichter gezwungen, dem Franzosen eine Duellforderung zu überlegen. Es kam jedoch noch einmal zu Verhandlungen, sodaß das Duell zunächst nicht stattfinden brauchte.

Freilich mußte nun auch der familiäre Verkehr des Liebhabers im Hause des Dichters ein Ende finden. Frau Puschkin und der Franzose fanden jedoch einen Ausweg, der es ihnen gestattete, auch fernerhin einander nahe zu bleiben. Der junge Mann verlobte sich mit Nataliens Schwester, und nach kurzer Zeit folgte auch die formelle Verheiratung. Puschkin glaubte nun, daß alle unehrbaren Bande zwischen seiner Gattin und dem Offizier zerrissen seien. Er stürzte sich aufs neue in seine dichterischen Arbeiten und glaubte, daß über die Angelegenheit Gras gewachsen sei, bis ihm erneut von dritter Seite Mitteilung über das Tun seiner Frau gemacht wurde. Das alte Spiel Nataliens mit ihrem Hausfreunde, der nunmehr ihr Schwager geworden war, hatte aufs neue be-

gonnen. Es waren Beweise genug dafür vorhanden, weil Puschkins Gattin sich kaum Mühe gab, ihre Gefühle für den Offizier zu verbergen, und weil auch Personen der Bedienung in die heimlichen Zusammenkünfte der Beiden eingeweiht waren.

Als Natalie ihrem Gatten in einer Unterredung den Verkehr mit ihrem Liebhaber eingestanden hatte, beleidigte Puschkin öffentlich seinen Nebenbuhler in außerordentlich scharfer Form und zwang ihn dadurch, Puschkin selbst zum Duell zu fordern. Der Dichter hatte die feste Absicht und die Hoffnung, seinen verhassten Gegner zu erschlagen. Aber das Schicksal hat es gefügt, daß er selbst an jenem Januarmorgen, durch eine Pistolenkugel getroffen, in den frisch gefallenen Schnee fiel. Zwar richtete er sich noch einmal auf und benutzte sogar seine noch schwachen Sinne und Kräfte, um seinen Gegner durch einen Schuß leicht zu verletzen, aber sein Leben war verwirrt. Zwei Tage darauf starb er, nachdem er zuvor noch bei völlig klarem Verstande alle seine Angelegenheiten geordnet hatte. Auf einem Klosterfriedhof unweit von Petersburg wurde er bei Nacht und Nebel begraben. Sein Gegner wurde auf Befehl des Zaren aus Rußland ausgewiesen. So mußte die größte Dichterpersönlichkeit Rußlands schon in jungen Jahren am eigenen Weibe zugrunde gehen. Vor kurzem ging eine Notiz durch die Presse, daß man jetzt an der Stelle, wo der Dichter vor bald 90 Jahren im Duell fiel, einen Gedenkstein errichten wolle. J. R.

Wir vertreiben OPTIMUS den bekannten Vervielfältiger für Hand- und Maschinenschrift Generalvertreter für C. S. R. L. & G. Halphen, Prag, Mikuláská 22s. Telefon 2342.

Bereinsnachrichten. „Urania“. Sonnige Rheinfahrt und „Deutsche Städtebilder“. Reisekulturfilm reich an landschaftlichen und künstlerischen Eindrücken. Heute halb 11, Montag 8 Uhr. Mitglieder Ermäßigung. „Erlebnisse in Afrika“ mit Lichtbildern, Dienstag, den 11., um 8 Uhr. 1. Teil: „Jagd auf große Tiere“. 2. Teil: „Sudan“, Land und Leute, Karten 10 bis 5 K, Mitglieder 8-4 K. Der beste Chefism, der bisher vorgeführt wurde: „Lüch mich noch einmal“, ein neues Meisterwerk von Lubitsch. Unübertrefflich in den Hauptrollen: Monte Blue und Mary Preston. Donnerstag, den 11., um 8 Uhr. 1. Teil: „Die Puppe“, eine übermütige Geschichte mit Offi Oswald. — Urania-Kino, heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Telefon 20429. Montag, halb 6 Uhr. Consi täglich halb 6 und 8 Uhr. 4052

Verbreitet den „Sozialdemokrat“. KAUFET NUR PIERINGS HELLA SUPPENWURZE SIE IST DIE BESTE

Studentenheim Arnau. Die Stadtgemeinde Arnau beabsichtigt, mit Beginn des Schuljahres 1926-27 das seit Kriegsbeginn geschlossene Studentenheim wieder zu eröffnen, sofern dessen Besuch durch eine hinlängliche Schülerzahl gewährleistet ist. Die Eltern, welche ihre Kinder am Arnauer Staats-Real-Obergymnasium studieren, beziehungsweise weiterstudieren lassen wollen, werden daher eingeladen, die Anmeldung für das Studentenheim bis spätestens 15. Juni 1926 beim Bürgermeisteramt Arnau vorzunehmen, welches auch in jeder Richtung unentgeltlich nähere Auskünfte erteilt. — Sonnige und gesunde Lage. Sachgemäße Aufsicht und gute Verpflegung. Sportzentrum für Ski- und Rodel- sowie Sommersport unter sachkundiger Anleitung. 4053 Der Bürgermeister: Ignaz Janetschek. S. 853

Bezirksverwaltungskommission Reudel. Wettbewerbssauschreibung. Betreff: Walyung der Straße Reudel-Bärzingen. Die Bezirksverwaltungskommission in Reudel vergibt im öffentlichen Offertwege die Walyungsbearbeiten der Bezirksstraße Reudel-Ullersloh-Grenze Bärzingen. Die Länge dieser Straße beträgt 6500 Meter, die Breite der Walyung 3,5 Meter. Das zur Walyung nötige Sand- und Schotterquantum stellt die Bezirksverwaltungskommission selbst bei. Die ordnungsgemäß verfaßten Offerte sind nur auf der amtlichen Druckorte bis längstens 12. Mai 1926, 12 Uhr mittags in der hiesigen Bezirkskanzlei einzubringen. Das Bahium beträgt 5 Prozent der offerierten Summe. Die allgemeinen und speziellen Bedingungen sowie die Druckorten zur Offerteinbringung sind in der Administration der Zeitschrift „Silnični Objor“ in Prag III-6 käuflich erhältlich. Die Walyungsbearbeiten können in Akkord oder in Regie vergeben werden. Die Bezirksverwaltungskommission Reudel behält sich sowohl die freie Wahl unter den Anbotstellern ohne Rücksicht auf die Höhe des Angebotes als auch die Ablehnung aller Offerte vor. Reudel, am 5. Mai 1926. 4055 Der Bezirksobmann: Carl Winterstein m. p.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma HEGNER & Cie., PILSEN. Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!